

Stenographisches Protokoll

4. Sitzung des Kärntner Landtages - 27. Gesetzgebungsperiode
Mittwoch, 11. Mai 1994

Inhalt

Fragestunde (S. 36)

Erklärung des Vorsitzenden (S. 50)

Ldtgs.Zl. 2-2/27:

Angelobung von Mitgliedern des Landtages gem. Art. 22 der Landesverfassung für das Land Kärnten (S. 51)

Zur Geschäftsordnung: Dr. Strutz (S. 51)

Umstellung der Tagesordnung (S. 51)

Tagesordnung

7. Ldtgs.Zl. 4-2/27:

Nachwahl von Mitgliedern der Ausschüsse gemäß Art. 16 Abs. 3 der Landesverfassung für das Land Kärnten (S. 52)

Zur Geschäftsordnung: Dr. Strutz (S. 52)

Erklärung des Vorsitzenden (S. 53)

1. Ldtgs.Zl. 6-1/27:

Wahl des Landeshauptmannes gemäß Art. 43 Abs. 1 der Landesverfassung für das Land Kärnten

Auszug der FPÖ-Fraktion

Redner: Dritter Präsident Dkfm. Scheucher (S. 54), Mag. Trunk (S. 55), Schiller (S. 57), Koschitz (S. 58), Mag. Herbrich (S. 60), Kollmann (S. 61), Lutschounig (S. 62), Sablatnig (S. 63)

Feststellung des Vorsitzenden, daß mangels des erforderlichen Zweidrittel-Anwesenheitsquorums die Wahl des Landeshauptmannes und in der Folge die

Wahl der Landesregierung nicht durchgeführt werden kann (S. 64)

Zur Geschäftsordnung: Dr. Ambrozy (S. 65)

Einstimmige Annahme des Antrages auf sofortige Behandlung des Dringlichkeitsantrages betreffend die Altlastensanierung der BBU (S. 65),

Einzug der FPÖ-Fraktion

Dringlichkeitsanträge:

Ldtgs. Zl. 33-1/27:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Dr. Ambrozy, Schiller, Konkilia und Ferlitsch betreffend die Altlastensanierung am Werksgelände der BBU in Arnoldstein
Zur Begründung der Dringlichkeit: Schiller (S. 65)

Zur Dringlichkeit: Mag. Herbrich (S. 66), Dipl.-Ing. Freunschlag (S. 66)

Einstimmige Zuerkennung der Dringlichkeit (S. 67)

Einstimmige Annahme (S. 67)

Zur Geschäftsordnung: Dr. Strutz (S. 67), Dr. Ambrozy (S. 67)

Ablehnung des Antrages auf sofortige Behandlung des Dringlichkeitsantrages Ldtgs.Zl. 43-1/27 betreffend die Verschiebung der EU-Volksabstimmung (S. 68)

Klubanzeigen:

Ldtgs.Zl. 12-1/27:

Klubanzeige der FPÖ (S. 68)

Beginn: Mittwoch, 11.5.1994, 10.03 Uhr

Ende: Mittwoch, 11.5.1994, 12.54 Uhr

Beginn der Sitzung: 10.03 Uhr

V o r s i t z : Erster Präsident **Unterrieder**,
Zweiter Präsident **Mitterer**

A n w e s e n d : 36 Abgeordnete

M i t g l i e d e r d e s B u n d e s r a t e s :

Dr. Harring

A m R e g i e r u n g s t i s c h : (während der
Fragestunde:) Abg. Landeshauptmann **Dr. Zernatto**,
Abgeordneter Landeshauptmann-
Stellvertreter **Dr. Ambrozy**, Abgeordneter
Landeshauptmann-Stellvertreter **Ing.**

Reichhold, Abgeordneter Landesrat **Schiller**,
Abgeordneter Landesrat **Dipl.-Ing.**

Freunschlag, Abgeordnete Landesrätin
Achatz; Landesamtsdirektor **Dr. Sladko**
Schriftführer: Direktor **Dr. Putz**

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder**
(SPÖ):

Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus!
Geschätzte Damen und Herren der Presse auf
der Tribüne! Ich darf Sie recht herzlich zur 4.
Sitzung des Kärntner Landtages begrüßen.

Vor Eingehen in die Tagesordnung findet eine
Fragestunde statt.

Fragestunde

Ich darf zur 1. Anfrage aufrufen:

1. Ldtgs.Zl. 1/M/27:

**Anfrage des Abgeordneten Schretter
an Landeshauptmann Dr. Zernatto**

Bitte, Herr Abgeordneter!

Abgeordneter **Schretter** (FPÖ):

Hohes Haus! Herr Landeshauptmann! In einer slowenischen Zeitung des Landes ist vor kurzem ein Artikel mit folgendem Wortlaut erschienen: "Das Slowenische Gymnasium und die Handelsakademie ist in ein kärntner-slowenisches und in ein slowenisches Lager gespalten. In den letzten Jahren kommen immer mehr Schüler aus Slowenien. Deshalb haben viele Menschen begonnen zu sagen, daß die Zahl der Mittelschüler aus Slowenien beschränkt werden soll. Tatsache ist, daß einige Eltern bereits ernsthaft überlegen, ob sie ihre Kinder in unsere Mittelschulen geben sollen oder nicht." Igor Roblek aus Zell und Matevz Smid aus Laibach haben sich mit dieser Problematik tiefer auseinander gesetzt. Roblek meint: "Im heurigen Schuljahr gibt es am Slowenischen Gymnasium keine Klasse, in der kein Schüler aus Slowenien wäre. Wenn man die Handelsakademie betrachtet, ist der Anteil der Schüler aus Slowenien noch höher. In einigen

Klassen sind mehr Slowenen als Österreicher. Deshalb hörte ich auch von vielen Schülern und Eltern die Argumente: 'Warum sollen wir die Kinder in slowenische Schulen geben, wenn doch an diesen zum Großteil Mittelschüler aus Slowenien sind?' Die zweite Frage aber ist, weshalb so viele Schüler aus Slowenien sein können, obwohl ihre Eltern überhaupt keine Arbeitserlaubnis haben und in Österreich keine Steuern zahlen."

Matevz Smid meint: "Als ich vor vier Jahren begonnen habe, das Slowenische Gymnasium zu besuchen, waren nur wenige Schüler aus Slowenien. Doch vor drei bzw. zwei Jahren hat sich die Situation radikal verändert. Seit die Handelsakademie ihre Tore geöffnet hat, werden die Probleme zwischen den Mittelschülern aus Slowenien und Österreich immer größer. Die Kärntner Slowenen beklagen sich in letzter Zeit häufig über den großen Ansturm von Mittelschülern aus Slowenien. Und so entstehen verschiedene Gruppen, in denen die Slowenen nicht erwünscht sind. (*Aus der SPÖ-Fraktion: Wann kommt die Frage?!*) Ebenso aber schließen sich auch die Slowenen" (*Vorsitzender Erster Präsident Unterrieder: Bitte, die Frage zu stellen!*) die Frage kommt gleich, Herr Präsident, "in ihren Kreisen zusammen, in denen man sieht, daß auch die Kärntner Slowenen nicht recht erwünscht sind. Die Kärntner Slowenen fürchten sich irgendwie vor den Slowenen, weil

Schretter

diese in so großer Zahl zu ihnen gekommen sind. Letzten Endes sind wir dasselbe Volk und müßten zusammenhalten und gemeinsam gegen jene kämpfen, die die Slowenen unterdrücken."

Deshalb, Herr Landeshauptmann, an Sie die Frage: "Wieviele Kinder besuchen derzeit die zweisprachige Bundeshandelsakademie und das Bundesgymnasium und das Bundesrealgymnasium für Slowenen, die nicht die österreichische Staatsbürgerschaft haben?"

Abgeordneter Landeshauptmann **Dr. Zernatto** (ÖVP):

Herr Präsident! Herr Abgeordneter! Hohes Haus! Ich darf Ihnen mitteilen, daß am Bundesgymnasium und Bundesrealgymnasium für Slowenen eine Gesamtschülerzahl von 453 mit Stichtag 4. Mai 1994 registriert ist. Davon sind 380 österreichische Staatsbürger, 57 nicht österreichische Staatsbürger, deren Mittelpunkt der Lebensinteressen Österreich ist - darunter auch Schüler, die im Zuge der Kriegswirren nach Kärnten gekommen sind - und 16 nicht österreichische Staatsbürger.

An der zweisprachigen Bundeshandelsakademie in Klagenfurt beträgt die Gesamtschülerzahl mit demselben Stichtag 141; davon sind 68 österreichische Staatsbürger, 16 nicht österreichische Staatsbürger, deren Mittelpunkt der Lebensinteressen Österreich ist und Kriegsflüchtlinge und 57 nicht österreichische Staatsbürger.

(1. Zusatzfrage:)

Abgeordneter **Schretter** (FPÖ):

Herr Landeshauptmann, wie hoch ist die Steigerung der Schülerzahlen an diesen zwei genannten Schulen seit dem Schuljahr 1991/1992 bis zum Stichtag, den Sie uns genannt haben?

Abgeordneter Landeshauptmann **Dr. Zernatto** (ÖVP):

Die Frage, wie hoch die Steigerung ist, kann ich Ihnen aus meiner Aktenlage nicht direkt sagen. Ich bin gerne bereit, das schriftlich zu tun,

möchte aber vielleicht ein bißchen auch zur Aufhellung der rechtlichen Gegebenheiten erklären, daß gemäß § 27 des Minderheitenschulgesetzes für Kärnten in das Bundesgymnasium und Bundesrealgymnasium für Slowenen in Klagenfurt nur Schüler mit österreichischer Staatsbürgerschaft aufgenommen werden können. Eine gleichartige Bestimmung für die Bundeshandelsakademie Klagenfurt besteht nicht. Somit besteht für die Aufnahme von Aufnahmebewerbern in die zweisprachige Bundeshandelsakademie Klagenfurt keine Einschränkung auf österreichische Staatsbürger.

Die Bestimmung aber, daß am Bundesgymnasium und Bundesrealgymnasium für Slowenen in Klagenfurt nur Aufnahmebewerber aufgenommen werden dürfen, die die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen, hat schon seit vielen Jahren klarerweise Probleme mit sich gebracht. Eine restriktive Auslegung dieser Bestimmung würde dazu führen, daß alle in Österreich lebenden Ausländer, deren Kinder Slowenisch als Muttersprache haben, das Kind nicht in das Bundesgymnasium und Bundesrealgymnasium für Slowenen schicken könnten, sondern eine deutschsprachige Schule besuchen müßten.

Der Landesschulrat für Kärnten hat daher schon seit vielen Jahren für Ausländer, die in Kärnten wohnen und deren Kinder aufgrund ihrer Muttersprache das Bundesgymnasium und Bundesrealgymnasium für Slowenen in Klagenfurt besuchen wollen, Ausnahmegenehmigungen erteilt.

Mit Beginn des Schuljahres 1993/1994 hat der Landesschulrat für Kärnten den Leiter des Bundesgymnasiums und Bundesrealgymnasiums für Slowenen ermächtigt, selbst diese Entscheidung zu treffen. In dieser Ermächtigung wurde dem Schulleiter des Bundesrealgymnasiums für Slowenen in Klagenfurt aufgetragen, daß die Voraussetzung, daß die Eltern eines Aufnahmebewerbers, der nicht die österreichische Staatsbürgerschaft besitzt, in Österreich beschäftigt sind und daher hier ihren Wohnsitz haben, nachweislich festzustellen und zu dokumentieren ist. Weiters wurde der Schulleiter ausdrücklich darauf hingewiesen, daß andere Aufnahmebewerber ohne österreichische Staatsbürgerschaft nicht aufgenommen werden dürfen und daß für diese

Dr. Zernatto

Aufnahmebewerber auch seitens des Landesschulrates für Kärnten keine Genehmigung zur Aufnahme erteilt werden wird.

Über diese Voraussetzung hinaus besuchen das Bundesgymnasium und Bundesrealgymnasium für Slowenen außerdem 16 Schüler, die nicht die österreichische Staatsbürgerschaft aufweisen und deren Eltern nicht in Kärnten wohnen. Bei all diesen Fällen handelt es sich um Einzelfälle, die vom Landesschulrat für Kärnten genehmigt wurden, da es in diesen Fällen unbillig gewesen wäre, die Aufnahme zu verweigern.

Seitdem der Schulleiter des Bundesrealgymnasiums für Slowenen zur Aufnahme ermächtigt wurde, somit seit dem Schuljahr 1993/1994, finden jedoch keine derartigen Aufnahmen von Aufnahmebewerbern ohne österreichische Staatsbürgerschaft, deren Eltern nicht in Kärnten wohnen, statt.

(2. Zusatzfrage:)

Abgeordneter **Schretter** (FPÖ):

Herr Landeshauptmann, wie hoch sind die jährlichen Kosten für ein Kind, das diese beiden Schulen besuchte und nicht die österreichische Staatsbürgerschaft hat?

Abgeordneter Landeshauptmann **Dr. Zernatto** (ÖVP):

Auch diese Frage kann ich Ihnen aus meiner Aktenlage direkt nicht beantworten, werde es Ihnen aber gerne schriftlich nachreichen.

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Damit ist die Anfrage 1 erledigt. - Wir kommen zur 2. Anfrage:

2. Ldtgs.Zl. 2/M/27:

Anfrage des Abgeordneten Dr. Strutz an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Ambrozy

Abgeordneter **Dr. Strutz** (FPÖ):

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Die Kosten eines bevorstehenden EU-Beitritts werden - je nachdem, von welchem wissenschaftlichen Institut das untersucht wurde - zwischen 20 Milliarden und 28 Milliarden Schilling geschätzt und beziffert.

Die Freiheitliche Partei hat sich in mehreren Anfragen an den Finanzminister gewandt, um klarzustellen, aus welchen Steuermitteln bzw. aus welchen Anteilen des Budgets die Finanzierung des EU-Beitritts gesichert wird. Das Budgetdefizit bei einem EU-Beitritt ist von einem Vertreter des Wirtschaftsforschungsinstitutes insgesamt mit rund 133 Milliarden Schilling beziffert worden. Das sind 5,8 % des Bruttoinlandsproduktes, im Vergleich zu 86 Milliarden für 1994. Die Staatsverschuldung und die Zinsen würden demnach beträchtlich steigen, weshalb mittel- bis langfristig Steuererhöhungen in diesem Zusammenhang auch nicht auszuschließen sind.

In mehreren Anfragebeantwortungen der Freiheitlichen Partei hat aber Finanzminister Lacina darauf hingewiesen, daß die Kosten dieses EU-Beitritts nicht ausschließlich vom Bund zu finanzieren sind, sondern darüber hinaus auch die Länder und die Gemeinden ihren Anteil leisten werden müssen. In diesem Zusammenhang hat es Finanzausgleichsverhandlungen gegeben, die stattgefunden haben. Es hat eine Arbeitsgruppe im Rahmen der Landeshauptleutekonferenz getagt. Dort hat als Sprecher dieser Landeshauptleutekonferenz Landeshauptmann Martin Purtscher einem Aufteilungsschlüssel 60 % Finanzierung des EU-Beitritts der Bund, 40 % der Kosten durch die Länder, zugestimmt. Das würde bedeuten, daß je nachdem, wie hoch die tatsächlichen Kosten sein werden, im Land Kärnten für das Budget im Jahr 1994 zirka zwischen 300 und 600 Millionen Schilling zusätzlich in unserem Landesbudget veranschlagt sein müßten.

In diesem Zusammenhang darf ich an Sie nochmals - nachdem wir bereits einmal diese Frage im Hohen Haus diskutiert haben - die Frage richten: Welche finanziellen Vorkehrungen

Dr. Strutz

müssen im Landesbudget für einen etwaigen EU-Beitritt getroffen werden?

Abgeordneter Landeshauptmann-Stellvertreter

Dr. Ambrozy (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Abgeordneter! Ich erlaube mir, Ihre Anfrage wie folgt zu beantworten:

Als einer der wohlhabendsten Industriestaaten Europas wird Österreich in der Europäischen Union, so der Beitritt wirksam wird, eine Nettozahlerposition einnehmen. Österreich zählt mit einem Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Bevölkerung von rund 18.200 US-Dollar zu den wohlhabenderen europäischen Ländern. Der Durchschnitt der Staaten der Europäischen Union liegt bei rund 16.800 US-Dollar. Der Durchschnitt der vier Beitrittswerber liegt bei rund 17.000 US-Dollar. Der Lebensstandard in Österreich ist nunmehr bereits höher als in Holland und im gesamten skandinavischen Raum, also in Schweden, Norwegen und Finnland.

Die Gestaltungsprinzipien des Haushaltes der Europäischen Union sind so, daß der Bruttobeitrag sich im wesentlichen aus Landesgröße und Wirtschaftskraft errechnet, während bei den Rückflüssen der Umfang des Agrarsektors und regionale sowie soziale Problembereiche den Ausschlag geben. Daneben sind auch Infrastrukturmaßnahmen wie etwa das transeuropäische Netz von Bedeutung. Daraus ergibt sich, daß die wohlhabenderen Staaten in der Regel auch über einen geringeren Agarsektor verfügen und niedrigere Arbeitslosenquoten verzeichnen und Nettobeitragszahler sind.

Aufgrund der vom Bundesministerium für Finanzen dem Land zur Verfügung gestellten Unterlagen werden die Beitragszahlungen Österreichs an den EU-Haushalt im Jahre 1994 im Falle eines Beitrittes rund 29 Milliarden Schilling betragen. Dazu kommen noch 1995 und 1996 jeweils 2 Milliarden Schilling und 1997 eine Milliarde Schilling, als Zahlungen für Beteiligungen an der Europäischen Investitionsbank.

Von diesen Zahlungen an die EU-Haushalte entfallen rund 5,2 Milliarden Schilling auf Zölle und Agrarabschöpfungen. Rund 15,9 Milliarden

Schilling entfallen auf die Einnahmen aus der Mehrwertsteuer, und rund 7,9 Milliarden Schilling entfallen auf den sogenannten WSB-Betrag.

Die Rückflüsse können derzeit nur grob geschätzt werden, da vor allem bei den Strukturfonds ein diskretionäres Element noch immer bestehen bleibt. Derzeit wird von etwa 17 Milliarden Schilling ausgegangen. Der weitaus größere Teil entfällt mit 12,5 Milliarden Schilling auf die landwirtschaftlichen Ausgleichszahlungen. Rund weitere 4,5 Milliarden Schilling ergeben sich für Rückflüsse für Strukturmaßnahmen im Sozial-, Agrar- und Regionalbereich sowie aus forschungs- und industriepolitischen Kooperationen. Daraus resultiert ein Nettobetrag von 12 Milliarden Schilling. Dies entspricht etwa einem halben Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Umgelegt auf die Einwohnerzahl bedeutet dies für 1995 eine Nettozahlung von rund 1.500 Schilling je Einwohner. Nach Angaben des Bundesministeriums für Finanzen steigen in den Folgejahren die Beitragszahlungen aufgrund der Edinburgher Beschlüsse um jeweils eine Milliarde Schilling auf rund 33,3 Milliarden Schilling im Jahre 1999; was einem Anteil am BIP von 1,31 % entspricht.

Bei den Rückflüssen wird derzeit von einem Betrag von 16,2 Milliarden Schilling im Jahre 1999 ausgegangen. Damit würde sich ein Nettobeitrag von rund 17,2 Milliarden Schilling im Jahre 1999 ergeben, was rund zwei Drittel des BIB bzw. 2.100 Schilling je Einwohner entspricht.

Bei dieser Betrachtung nicht berücksichtigt sind verschiedene Leistungen, die von der EU für Österreich erbracht werden, deren Höhe aber derzeit noch nicht absehbar ist. Hierzu zählen Ausgaben für Infrastrukturprojekte, zum Beispiel die Beteiligung der EU an der Finanzierung des Bahnausbaues, Forschungsk Kooperationen und Ausgaben für die gemeinsamen internen und externen Politiken. Seitens der EU wird damit gerechnet, daß Österreich aus diesem Titel zusätzlich rund 4 Milliarden Schilling pro Jahr erhalten wird.

Den Nettobeitragszahlungen stehen aber zugleich Vorteile für das jeweilige Land im Wege von zusätzlichen wirtschaftlichen Chancen und höheren Einkommensaussichten

Dr. Ambrozy

gegenüber. Beispielsweise kommt das Wirtschaftsforschungsinstitut in einer Studie vom Februar 1994 über die Auswirkungen eines EU-Beitrittes zu dem Schluß, daß in den nächsten Jahren bei einer Teilnahme Österreichs am EU-Markt mit einer zusätzlichen Wirtschaftsleistung von mindestens 50 Milliarden Schilling zu rechnen ist, was auch entsprechend positive Beschäftigungseffekte nach sich ziehen wird. Diese dynamischen Effekte werden längerfristig auch zu erheblichen Entlastungen für die öffentlichen Haushalte führen und im Wege höherer Steuereinnahmen auch kurzfristige budgetäre Belastungen kompensieren.

Betreffend die Kostentragung der sich aus einem EU-Beitritt ergebenden finanziellen Konsequenzen für die Gebietskörperschaften wurde im Rahmen der Landeshauptleutekonferenz und der Landesfinanzreferentenkonferenz aus dem Jahre 1989 dahingehend Einigung erzielt, daß die finanziellen Erträge und Belastungen, die sich aus der europäischen Integration für die Gebietskörperschaften ergeben, so auszugleichen sind, daß die relativen Anteile der Gebietskörperschaften am Gesamtabgabenertrag unverändert bleiben. Dieser Grundsatzbeschluß wurde von der Landesfinanzreferentenkonferenz am 26. April 1994 in Graz einstimmig bekräftigt. Eine genaue Quantifizierung der finanziellen Konsequenzen, die auch von einer zu diesem Zweck eingesetzten Arbeitsgruppe behandelt werden, wird erst nach Abschluß der laufenden Finanzausgleichsverhandlungen möglich sein. Ähnliches gilt für die Quantifizierung des Anteiles an den EU-Direktzahlungen, da diese, wie bereits aufgezeigt, von regionalen Gegebenheiten und Besonderheiten abhängen werden.

Versucht man, im Sinne der erwähnten Beschlüsse die erforderlichen Bruttobeitragsleistungen des Landes im Wege einer Grobschätzung zu berechnen, so ergibt sich nach einem Abzug der unmittelbaren Ersparnisse des Bundes aus dem Titel Landwirtschaft, Marktordnung von geschätzten rund 6,2 Milliarden Schilling im Jahre 1995 - ab 1996 8,8 Milliarden Schilling - ein von allen Gebietskörperschaften aufzubringender Bruttobetrag von rund 25 Milliarden Schilling

im Beitrittsjahr. Der Anteil der Länder ohne Wien am Gesamtabgabenertrag, das ist die Ertragsbeteiligung der Länder an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben insgesamt, beträgt rund 18,6 %, was auf eine Gesamtbelastung der Länder in der Größenordnung von rund 4,65 Milliarden Schilling im ersten Jahr hinauslaufen würde. Die auf die Bundesländer entfallenden Anteile könnten nach Volkszahl entsprechend den Ertragsbeteiligungen an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben, aber auch nach anderen noch auszuverhandelnden Schlüsseln berechnet werden.

Da die Rückflüsse bzw. die EU-Transfers in die einzelnen Bundesländer im wesentlichen von Höhe und Zusammensetzung der Agrarproduktion sowie von strukturpolitisch motivierten Förderungsaktionen der heimischen Wirtschaftspolitik im Bereich der Regionalpolitik, der Arbeitsmarktpolitik und der Agrarpolitik abhängen, sind endgültige Aussagen darüber, wie hoch der Anteil an den EU-Transferzahlungen von insgesamt 17,01 Milliarden Schilling sein wird, nicht möglich. Das Bundesministerium für Finanzen geht in seinen Schätzungen, die auf der Marktleistung im Agrarbereich aufbauen, von einem Einkommensverlust der Bauern von rund 5,5 Milliarden Schilling im Jahr aus. Diesen Einkommensverlusten im Marktordnungsbereich stehen allerdings nicht nur Ausgleichszahlungen, sondern auch deutlich höhere Förderungen gegenüber, etwa für Bergbauern, für ökologisch wirtschaftende Bauern und für Investitionsförderung. Jene Zuwendungen an die Landwirtschaft, welche von Österreich zu finanzieren sind, werden von Bund und den Ländern getragen, wobei das Finanzierungsverhältnis noch nicht ausgehandelt ist und auch noch kein Beschluß im Sinne der Aussage Ihrer Aussage des Landeshauptmannes Purtscher vorliegt. Diesen Punkt hat die Aussage nur betroffen.

Abschließend darf ausgeführt werden, daß die Landesfinanzreferentenkonferenz am 26. 4. 1994 neben der Bekräftigung des Grundsatzbeschlusses aus dem Jahre 1989 im Gegenstande auch beschlossen hat, ein Gutachten einholen zu lassen, um detaillierte Unterlagen für die wirtschaftlichen Beurteilung eines EU-Beitrittes Österreichs zur Verfügung zu haben,

Dr. Ambrozy

insbesondere zu erkennen, welche Belastungen und Entlastungen für die Gebietskörperschaften aus diesem Beitritt zu erwarten sind. Ziel dieser Untersuchung ist es, eine möglichst objektive Grundlage für die Finanzausgleichsverhandlungen zu erlangen. Weiters soll das Gutachten nach Möglichkeit alle Finanzströme zwischen Österreich und der EU im Zeitraum 1995 bis 1999 unter Berücksichtigung der globalen Haushalte der EU aller vier Beitrittswerber erfassen, Auswirkungen steuerlicher Änderungen darstellen und auch alle österreichinternen finanzausgleichsrelevanten Finanzströme zwischen Bund und Ländern, insbesondere alle niveausenkenden Ausfälle bisheriger Ausgaben und alle niveausteigernden zusätzlichen Ausgaben in Österreich erfassen. Der Zwischenbericht soll in der ersten Septemberhälfte 1994 vorgelegt werden, so daß in der Folge dem Ko.Kollegium der Landesregierung bzw. dem Landtag detaillierte Unterlagen über Belastungen und Entlastungen im Zusammenhang mit dem Beitritt Österreichs zur EU vorgelegt werden können.

(1. Zusatzfrage:)

Abgeordneter **Dr. Strutz** (FPÖ):

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, Ihren Ausführungen entnehme ich, bitte korrigieren Sie mich, wenn es falsch ist, daß Sie weder im Rahmen der Finanzreferentenkonferenz noch im Rahmen dieser Arbeitsgruppe, die eingesetzt wurde und am 26. April zu einem Endbericht gekommen ist, einem Aufteilungsschlüssel 60 zu 40, wie das Landeshauptmann Purtscher auch in Brüssel vertreten hat, von seiten Kärntens zugestimmt haben. Trotzdem ist meine Anfrage insofern unbeantwortet geblieben und ich darf sie daher in der Zusatzfrage wiederholen: Wie wollen Sie den zu erwartenden finanziellen Aufwand für das Landesbudget, der jetzt auch von Ihnen bestätigt wurde, im Rahmen von zirka 500 Millionen Schilling für das Landesbudget aufbringen?

Abgeordneter **Dr. Ambrozy** (SPÖ):

Der Beitritt Österreichs zur EU wird mit 1. 1. 1995 vorgenommen, daher wird es eine Aufgabe

des Budgets für das Jahr 1995 und damit auch eine Aufgabe dieses Landtages sein, über diese Fragen zu entscheiden.

Ich kann allerdings die Quantifizierung, die von Ihnen vorgenommen wurde, nicht bestätigen, weil aus meinen Ausführungen klar und deutlich hervorgegangen ist, daß eine quantifizierte endgültige Summe derzeit nicht auszusagen ist und ich auch nicht in den Verruf kommen will, hier mit falschen Zahlen zu operieren. Daher hat auch die Finanzreferentenkonferenz am 26. April dieses Jahres beschlossen, ein externes Institut zu beauftragen, genau diese Finanzströme zwischen Österreich und der EU innerhalb Österreichs und die finanzausgleichsrelevanten Veränderungen zu untersuchen, damit wir auch im Zuge der zukünftigen Finanzausgleichsverhandlungen auf einer guten Grundlage im Sinne des Grundsatzbeschlusses der Finanzreferenten und der Landeshauptleute, nämlich daß die Finanzmassen so aufgeteilt werden sollen, wie die Abgabenerträge unter den Gebietskörperschaften ausschauen, arbeiten können. Das wird Mitte September vorliegen.

Noch einmal zu Ihrer 60 zu 40 Aufteilung: Sie scheinen dabei etwas zu verwechseln. Es hat österreichinterne Verhandlungen insbesondere zur Frage der Agrarausgleichszahlungen gegeben, die zu einem Ergebnis gekommen sind. Dabei ist die Frage noch offen, wie die Agrarzahlungen zwischen Bund und Ländern aufgeteilt werden. Dazu liegt vom Bund der Vorschlag der Aufteilung von 60 zu 40 vor. Eine endgültige Entscheidung der Landeshauptleute und auch der Finanzreferenten ist mir nicht bekannt und war auch am 26. 4. bei der Finanzreferentenkonferenz nicht Gegenstand der Beratungen, sondern beraten wurde die Bekräftigung des Grundsatzbeschlusses, wie insgesamt die Finanzmassen zu verteilen sind. Das hat mit der Frage der internen Ausgleiche im Agrarbereich nichts zu tun.

Daher noch einmal: Wir werden auf der Grundlage einer wissenschaftlichen Studie die entsprechenden Auswirkungen auch auf den Finanzausgleich Mitte September am Tisch haben und es wird Aufgabe des Landtages, aber auch der zukünftigen Finanzausgleichsverhandlungen sein, eine entsprechend gerechte Verteilung der

Dr. Ambrozy

Lasten, aber auch der Rückflüsse aus der EU vorzunehmen.

(2. Zusatzfrage:)

Abgeordneter **Dr. Strutz** (FPÖ):

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, auch wenn Sie die Aussagen von Landeshauptmann Dr. Purtscher negieren, ist aus den Protokollen über die Beitrittsverhandlungen, die in Brüssel geführt worden sind, ersichtlich, daß er als Sprecher dieser Arbeitsgruppe als Voraussetzung bei den Ausgleichsverhandlungen im Zusammenhang mit der EU berichtet hat, daß es im Rahmen der Ausgleichsverhandlungen nun auch im Agrarbereich zu einem Aufteilungsschlüssel 60 zu 40 kommen wird. Ich darf Sie deshalb fragen: Haben Sie als Finanzreferent einem Aufteilungsschlüssel zugestimmt oder ihn zumindest widerspruchslos zur Kenntnis genommen?

Abgeordneter **Dr. Ambrozy** (SPÖ):

Herr Kollege Strutz, ich kann jetzt nur noch einmal sagen, daß ein etwas detaillierteres Studium dieser sehr komplexen Materie sehr gut tun würde, wenn man das vor der Öffentlichkeit behandelt, denn es sind hier zwei Themen, die Sie ansprechen und durcheinanderbringen. Das eine Thema sind die Nettoszahungen Österreichs im Rahmen des Beitrittes zur EU und die Aufteilung dieser Finanzmasse auf die einzelnen Gebietskörperschaften. Dazu habe ich Ihnen in meiner Anfragebeantwortung den Grundsatzbeschluß der Finanzreferenten mitgeteilt, an dem es derzeit überhaupt kein Rütteln gibt, nämlich daß die Finanzmassen zwischen den Gebietskörperschaften so aufgeteilt werden, wie die Abgabenerträge der Gebietskörperschaften aussehen. Das ist eine ganz klare und aus meiner Sicht äußerst gerechte Festlegung, was die Verteilung der Lasten innerhalb der Gebietskörperschaften betrifft.

Das zweite Thema, das Sie hier angesprochen haben, ist eine österreichinterne Angelegenheit. Dabei geht es um den Ausfall - und ich habe das mit rund 5,5 Milliarden Schilling beziffert - der Einkommen der bäuerlichen Bevölkerung. Es ist

darum gegangen, daß innerösterreichisch dieser Ausfall entsprechend finanziert wird. Dazu steht ein Vorschlag der Agrarreferenten im Raum, und in deren Auftrag dürfte der Herr Purtscher gesprochen haben, möglicherweise auch im Auftrag der Landeshauptleute, er ist jedenfalls nicht Mitglied der Landesfinanzreferentenkonferenz, diesen internen Ausgleich im Verhältnis 60 zu 40, wie im übrigen auch die übrige Aufteilung der Agrarförderung in dieser Republik als Endziel angepeilt wird, zwischen Bund und Ländern aufzuteilen. Dazu gibt es seitens der Finanzreferenten noch keine Zustimmung, weil dieser Aufteilungsschlüssel zumindest bei den Finanzreferenten noch nicht endgültig akkordiert ist. Daher bitte ich Sie, daß man dieses heikle Thema wirklich mit aller Sachlichkeit diskutiert. Aus diesem Grunde habe ich auch keine konkreten Ziffern insgesamt genannt, weil es darum geht, daß wir auf einer guten korrekten Grundlage insbesondere auch die zukünftigen Finanzausgleichsverhandlungen führen, damit Länder und Gemeinden - und ich sage hier bewußt, Länder und Gemeinden - so schonend als möglich im Rahmen dieses EU-Beitrittes was ihre Haushalte betrifft behandelt werden. Das muß unser Ziel sein, denn mittelfristig wird es ganz sicher zu einer Entlastung der öffentlichen Haushalte und zu Mehreinnahmen kommen, denn das ist ja das mittelfristige Umwegergebnis des österreichischen Beitrittes zur EU. Ich bin davon überzeugt, daß das für Österreich und für Kärnten und seine Gemeinden gut sein wird.

3. Ldtgs.Zl. 3/M/27:**Anfrage des Abgeordneten Dr. Strutz an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Ambrozy**

Abgeordneter **Dr. Strutz** (FPÖ):

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Als ich unlängst mit dem Auto auf der Autobahn Richtung Wolfsberg unterwegs war, wurde ich von einem Bus einer sozialistischen Vorfeldorganisation, nämlich den Kinderfreunden und den Roten Falken, mit dem Kennzeichen K 5693-F überholt. Dieser Bus hat

Dr. Strutz

neben sozialistischen Werbeaufklebern auch einen großen Aufkleber des Landesjugendsekretariates gehabt.

In diesem Zusammenhang darf ich an Sie die Frage richten: Wurde dieser Spielbus der Kinderfreunde und der Roten Falken über das Landesjugendsekretariat finanziell gefördert?

Abgeordneter **Dr. Ambrozy** (SPÖ):

Ja, er wurde gefördert.

(1. Zusatzfrage:)

Abgeordneter **Dr. Strutz** (FPÖ):

Mit welcher Summe wurde dieser Bus gefördert, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter?

Abgeordneter **Dr. Ambrozy** (SPÖ):

Von seiten des Landesjugendsekretariates wurden für den Ankauf dieses Busses 150.000 Schilling zur Verfügung gestellt.

(2. Zusatzfrage:)

Abgeordneter **Dr. Strutz** (FPÖ):

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, finden Sie es in Anbetracht des geringen finanziellen Budgets, das den Jugendlichen in Kärnten für Bildung, Ausbildung und Förderung im Rahmen des Landesjugendsekretariates zur Verfügung steht, als gerechtfertigt, diesen Betrag der SPÖ-Vorfeldorganisation über das Landesjugendsekretariat zur Verfügung zu stellen?

Abgeordneter **Dr. Ambrozy** (SPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Fürs erste möchte ich sagen, daß die Idee, einen Spielbus anzuschaffen und mit diesem Bus vor Ort insbesondere für die Jugendlichen und Kinder eine Anregung für sinnvolle Spielen, sinnvolle Freizeitbeschäftigung und sinnvolle geistige Auseinandersetzung mit den Problemen unserer Zeit eine gute ist, die geför-

dert werden muß. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Das, was Sie stört, Herr Kollege Strutz, ist, daß diese Idee von einer hervorragenden Organisation, die sich um die Betreuung von Kindern und Jugendlichen kümmert, gekommen ist und daß diese nicht Ihre Fraktion unterstützt.

Jetzt muß ich noch etwas ganz Deutliches sagen: Für mich wird auch in Zukunft, egal, in welcher Funktion ich in diesem Lande tätig sein werde, ein Kriterium nicht förderungsausschließend sein, nämlich daß man sich für die Idee der Sozialdemokratie, die in Wahrheit gut ist, einsetzt. Das sage ich Ihnen hier mit aller Deutlichkeit! Denn wenn etwas als gut und richtig erkannt wird, dann soll es auch entsprechend unterstützt und gefördert werden.

Ich sage das hier im Hohen Haus ganz offen, ich erkenne die Idee, einen Kinderspielbus anzuschaffen und diesen immer dort zur Verfügung zu stellen, wo er nachgefragt wird, und gleichzeitig auch dem Landesjugendsekretariat die Möglichkeit zu geben, diesen Bus für eigene Aktivitäten entsprechend in Anspruch zu nehmen, als eine hervorragende Idee und deshalb haben wir das auch vom Lande her gefördert. Ich denke, daß es mir und auch Ihnen eher darauf ankommen sollte, daß mehr solche Ideen in diesem Lande Platz greifen, damit wir für eine sinnvolle Betätigung der jugendlichen Menschen neue Anreize geben und uns nicht darüber aufregen, daß das eventuell eine Organisation ist, die sich für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität in dieser Gesellschaft und überhaupt für ein besseres Leben aller Menschen in diesem Lande einsetzt. Daß Sie das stört, verstehe ich, mich stört das nicht. *(Abg. Schretter: Das haben Sie 40 Jahre nicht zustande gebracht! - Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

4. Ldtgs.Zl. 4/M/27:

Anfrage des Zweiten Präsidenten Mitterer an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Ambrozy

Zweiter Präsident **Mitterer** (FPÖ):

Herr Präsident! Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Hohes Haus! Es ist keine epochale Anfrage, wie sie in der "Kleinen Zeitung" angekündigt wurde, sondern eine Anfrage, die beweisen sollte, daß es in gewissen Verwaltungsbereichen im Lande Kärnten noch Nachholbedarf an Effizienz gibt.

Wer kennt nicht die "Fidelen Mölltaler"? 22 Goldene Schallplatten, achtmal Platin, einmal Diamant, einmal Tital, einmal Doppelkristall: internationaler Bekanntheitsgrad wie wohl keine andere Volksmusikgruppe in Kärnten.

Aufgrund dieser Auftritte, die sie vor allem in der Schweiz, in Deutschland und in den anderen österreichischen Bundesländern haben, sind sie zu Botschaftern des Kärntner Tourismus geworden. Natürlich brauchen sie dazu auch Werbemittel. Diese haben sie dankenswerterweise in Kärnten von heimischen Firmen herstellen lassen: sowohl Plakate als auch Broschüren.

Nun haben sie vom Land Kärnten eine Vorschrift für die Anzeigenabgabe in der Höhe von 10 % von den gesamten Rechnungen erhalten. Sie haben dem Lande mitgeteilt, daß sie nur maximal 5 % dieser Werbemittel im Land Kärnten zur Verteilung bringen. Das zeigt auch ihr Auftrittskalender, nachdem sie ihre Konzerte vorwiegend im Ausland und im übrigen Österreich haben. Sie haben ersucht, diese Anzeigenabgabe auf ein erträgliches Maß herabzusenken. Darauf wurde vom Lande Kärnten nicht reagiert. Es wurde auch ein Ersuchen an Landeshauptmann Dr. Zeernatto geichtet, dies zu bereinigen, was er ihnen auch versprochen hat, aber es ist nicht passiert. Ich habe deshalb vor einiger Zeit eine Anfrage an Landeshauptmann Zernatto auch hier vom Rednerpult in diese Richtung gestellt. Er hat mir mitgeteilt, daß der zuständige Referent dafür Landeshauptmann-Stellvertreter Ambrozy wäre.

Ich frage Sie daher, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter: Warum muß die Musikkapelle "Die Original Fidelen Mölltaler", trotzdem sie ihre Werbemittel fast zur Gänze außerhalb Kärntens verteilt, für diese in voller Höhe die Anzeigenabgabe leisten?

Abgeordneter Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ambrozy** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Das Kärntner Anzeigenabgabegesetz, LGBl. Nr. 10/1947, zuletzt geändert durch das Landesgesetz, LGBl. Nr. 51/1990, bestimmt im § 2 lit. c, daß Anzeigen in Druckwerken, die in Österreich nicht verbreitet werden, von der Anzeigenabgabe befreit sind. Es stellt sich nunmehr die Frage, ob von dieser Befreiungsbestimmung lediglich Anzeigen in Druckwerken, die ausschließlich im Ausland verbreitet werden, oder auch Anzeigen in Druckwerken, die teilweise in Österreich und teilweise im Ausland verbreitet werden, umfaßt sind.

Seitens der Verfassungsabteilung des Amtes der Kärntner Landesregierung ist eine einschränkende Interpretation vorgenommen worden. Demnach sind vom Befreiungstatbestand des § 2 des zitierten Gesetzes nur Anzeigen in jenen Druckwerken erfaßt, die ausschließlich im Ausland verbreitet werden.

Wie sich aus dem Wortlaut der Anfrage ergibt, werden im gegenständlichen Fall die Werbemittel nicht zur Gänze außerhalb Kärntens verteilt, womit auch die Ausschließlichkeit der Verbreitung im Ausland im Sinne der einschränkenden Interpretation der Befreiungsbestimmungen nicht gegeben ist. Im Sinne des Anzeigenabgabegesetzes hat die Behörde daher keine andere Möglichkeit gehabt, zu entscheiden, als wie sie es getan hat. Eine Änderung der Entscheidung kann nur erreicht werden, wenn es auch eine Änderung des Anzeigenabgabegesetzes gibt. Das ist eine Angelegenheit, die der Kärntner Landtag erledigen müßte.

(1. Zusatzfrage:)

Zweiter Präsident **Mitterer** (FPÖ):

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, wurde dies den Fidelen Mölltalern auch mitgeteilt und, wenn ja, warum ist es dann zu einer Exekution bei den Fidelen Mölltalern gekommen?

Abgeordneter Landeshauptmann-Stellvertreter
Dr. Ambrozy (SPÖ):

Soweit ich über den Verfahrensstand informiert bin, hat es einen Abgabenbescheid der Landesabgabenbehörde gegeben. Dieser ist den Original fidelen Mölltalern zugestellt worden. Die Original fidelen Mölltaler haben innerhalb offener Frist kein Rechtsmittel ergriffen, so daß der Bescheid in Rechtskraft erwachsen ist und die Behörde natürlich gezwungen war, bei Nichtzahlung entsprechende Exekutionsmaßnahmen einzuleiten - ansonsten würde sie gesetzwidrig, d. h. gesetzesbrechend handeln. Und das kann man ihr nicht vorschreiben.

(2. Zusatzfrage:)

Zweiter Präsident **Mitterer** (FPÖ):

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, nachdem dieses Gesetz nicht von der Regierungsseite als Gesetzesänderung eingebracht wurde: Wären Sie bereit, einer solchen Änderung im Kärntner Landtag zuzustimmen, die darauf hinausgeht, daß Musikgruppen oder andere Firmen in Kärnten Druckmittel herstellen, sie auch weiterhin in Kärnten herstellen lassen und nicht aufgrund des jetzt geltenden Gesetzes veranlaßt werden, unter Umständen diese Druckmittel im Ausland zu besorgen oder herstellen zu lassen? Die Frage war also, ob Sie diese Entscheidung im Kärntner Landtag mittragen würden, daß dieses Gesetz in dieser Hinsicht abgeändert wird, daß nur mehr Druckmittel, die auch in Kärnten verteilt werden, einer Anzeigenabgabe unterworfen werden?

Abgeordneter Landeshauptmann-Stellvertreter
Dr. Ambrozy (SPÖ):

Wenn eine entsprechende Änderung des Anzeigenabgabengesetzes im Kärntner Landtag zu beraten ist, werde ich dann meine Meinung dazu äußern - ansonsten ist diese Gewissensfrage keine Vollziehungsaufgabe des Landes, und für die sitze ich jetzt hier.

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder**
(SPÖ):

Damit ist die Anfrage 4 erledigt. - Wir kommen zur 5. Anfrage:

5. Ldtgs. Zl. 5/M/27:

Anfrage des Abgeordneten Schwager an Landeshauptmann-Stellvertreter Ing. Reichhold

Bitte, Herr Abgeordneter!

Abgeordneter **Schwager** (FPÖ):

Hoher Landtag! Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Reichhold! Es gab in Lienz ein MOBIL-Tanklager im Bereich des Bahnhofes Lienz, wo Mineralöl für die 27 Osttiroler Tankstellen gelagert und dieses Tanklager per Bahntransport beliefert wurde.

Mit Jahreswechsel 1993/1994 wurde dieses Tanklager geschlossen und abgerissen. Jetzt werden die 27 Tankstellen in Osttirol per LKW-Tanktransporter über die B 100 durch das Drautal, mit seinen Engstellen, die ja bekannt sind (Kleblach, Steinfeld, Greifenburg), beliefert. Wir haben dagegen protestiert. Ich habe selber in Steinfeld eine Bürgerversammlung zu diesem Thema organisiert, bei der du dankenswerterweise, an der Sie dankenswerterweise, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, teilgenommen (*Abg. LHStv. Dr. Ambrozy: Seit wann seid denn ihr per Sie?! - Abg. Dr. Hofer: Ich verstehe dich da!*) und dann interveniert haben - für euch per Sie -, bis zum Herrn Bundesminister Klima und bei den großen Ölfirmen, die dort ihre Mineralöle gelagert haben: die ÖMV, die ESSO und die MOBIL. Das hat nichts gefruchtet; das Tanklager wurde geschlossen. Jetzt wurde beantragt, ein Fahrverbot für Öltransporter durch das Drautal, durch das Mölltal, damit diese Transporte wieder von der Straße auf die Schiene gezwungen werden. (*Abg. Sablatnig: Und was ist mit dem Gailtal? Hast du auf das Gailtal vergessen?!*) Ich meine, die Gailtaler werden ja selber tätig werden; die haben ja gute Abgeordnete. (*Heiterkeit im Hause.* -
Vorsitzender Erster Präsident Unterrieder: Am

Schwager

Wort ist der Abgeordnete Schwager, bitte!) Die BH führt bei 38 Stellen Ermittlungen durch.

Meine Frage ist, da ich ja weiß, ich habe 1989 einen Antrag auf Tonnagebeschränkung eingeführt, und das wurde erst 1991 von der BH Spittal auf Weisung vom damaligen Landeshauptmann Dr. Haider verordnet. Ich möchte jetzt wissen, ob das schneller geht und wann das beantragte Fahrverbot für Mineralöltransporte im Drau- und Mölltal in Kraft treten wird. *(Abg. Koncilia: Warum hast du ihn das nicht im Klub gefragt?)*

Abgeordnetere Landeshauptmann-Stellvertreter
Ing. Reichhold (FPÖ):

Hohes Haus! Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordneten! Ausgehend von dieser Veranstaltung im Drautal habe ich die Bezirkshauptmannschaft Spittal gebeten, aufgrund der gesetzlichen Situation entsprechende Ermittlungsverfahren einzuleiten. Die Bezirkshauptmannschaft Spittal hat daher am 19. April dieses Jahres das Ermittlungsverfahren zur Erlassung einer Verordnung über ein Fahrverbot für Tankkraftfahrzeuge auf den Bundesstraßen im Drau- und Mölltal eingeleitet. Im Zuge dieses Verfahrens wurden insgesamt 38 Stellen zu einer Stellungnahme eingeladen; darunter 17 Gemeinden, 13 Gendarmeriedienststellen, das Kuratorium für Verkehrssicherheit, die Bezirkshauptmannschaften Hermagor und Lienz, die Abteilungen 15 und 19 des Amtes der Kärntner Landesregierung, das Straßenbauamt Spittal sowie die Handelskammern von Kärnten und Tirol.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind rund ein Drittel der angeforderten Stellungnahmen bei der BH Spittal eingelangt. Hierbei ist festzustellen, daß die Gemeinden und Gendarmeriedienststellen grundsätzlich für die Verhängung eines Fahrverbotes eintreten. Die Abteilung 15 der Landesregierung sowie die Wirtschaftskammer Kärnten, Sektion Verkehr, haben sich jedoch entschieden gegen die beabsichtigten Maßnahmen ausgesprochen.

Die endgültige Entscheidung, ob die entsprechende Verordnung erlassen wird, sehr geehrter

Herr Abgeordneter, kann erst nach Einlangen sämtlicher angeforderter Stellungnahmen erfolgen. Das wird in rund drei bis vier Wochen der Fall sein. Für den Fall, daß ein Fahrverbot verordnet wird, hat die Handelskammer Kärnten aber bereits jetzt schon einen Musterprozeß angekündigt, der aller Wahrscheinlichkeit nach eine Anfechtung beim Verfassungsgerichtshof darstellen wird.

Daher ist es mir bis zum heutigen Tag noch nicht möglich, Ihnen eine konkrete Antwort auf Ihre Frage zu erteilen; wiewohl ich die Sorgen und die Anliegen der Drautaler Bevölkerung verstehen kann.

(1. Zusatzfrage:)

Abgeordneter **Schwager** (FPÖ):

Außer dem Verbot für Mineralöltransporte auf der Straße wird ja von einem Teil der Drautaler Gemeinden noch verlangt: ein Verbot von Schwertransporten; ein Verbot überhaupt von Transporten gefährlicher Güter und Erlassung einer Tonnagebeschränkung. Seit längerer Zeit führt die BH Spittal auch da Erhebungen durch.

Bezüglich einer Tonnagebeschränkung: Wie weit ist denn der Stand der Dinge, um wieder eine neuerliche Tonnagebeschränkung für das Drautal und das Mölltal zu verordnen?

Abgeordneter Landeshauptmann-Stellvertreter
Ing. Reichhold (FPÖ):

Hohes Haus! Ich habe bereits im vergangenen Jahr, im Juni des Vorjahres, die Bezirkshauptmannschaft Spittal gebeten, ein Verordnungsprüfungsverfahren über die Wiedereinführung einer Tonnagebeschränkung auf das Drautal, das Mölltal und die Großglockner Straße einzuleiten. Sie wissen, es ist aufgrund einer Weisung meines Vorgängers diese beim Verfassungsgerichtshof angekämpft worden, und der Verfassungsgerichtshof hat dieser Beschwerde stattgegeben.

Das mittlerweile abgeschlossene Ermittlungsverfahren hat ergeben, daß aus rechtlicher Sicht kein zwingender Grund, eine Gewichtsbegrenzung zu erlassen, besteht. So

Ing. Reichhold

sprachen sich insbesondere das Landesgendarmierkommando für Kärnten, die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, die Wirtschaftskammer Kärnten und die Gemeinden Dellach, Greifenburg und Irschen - was mich besonders wundert - gegen die Verordnung einer Gewichtsbeschränkung aus. Auch das Kuratorium für Verkehrssicherheit führte in seiner Stellungnahme unter anderem aus, daß aufgrund eigener Beobachtung festgestellt wurde, daß nur wenige Lastkraftwagen auf der B 100, auf einer sogenannten Transitroute, sich befinden, sondern daß dieser dort abgewinkelte Verkehr dem Regionalverkehr zuzuordnen ist. Die Bezirkshauptmannschaft Lienz hat überdies eine Stellungnahme der Landesbaudirektion, Abteilung Verkehrsplanung Innsbruck, uns (der Landesregierung Kärnten) übermittelt, aus der hervorgeht, daß der LKW-Verkehr auf der B 100 größtenteils ein regionaler Güterverkehr sei, der mangels Alternativrouten nicht verlagert werden könne.

Sollte es zu einer neuerlichen Verordnung der Gewichtsbeschränkung kommen, so müßte, wie bisher, auch der Bezirk Lienz/Osttirol wieder von den Beschränkungen ausgenommen werden. Das heißt also, daß zwar die Bemühungen vorhanden sind und waren, eine Tonnagebeschränkung durchzusetzen, daß aber aufgrund der rechtlichen Situation dies aus der jetzigen Sachlage heraus schwer möglich erscheint und daher unsere Bemühungen sich darauf konzentrieren, einen raschen Ausbau der Drautal Straße zu erreichen.

(2. Zusatzfrage:)

Abgeordneter **Schwager** (FPÖ):

Das wäre meine weitere Zusatzfrage: Das wäre alles nicht so brisant, wenn nicht die Engstellen in den bereits von mir angeführten Ortschaften (Kleblach, Steinfeld und Greifenburg) wären. Deshalb meine Frage: Wann, endlich, ist ein Baubeginn der B 100, zumindest im ersten Bereich Kleblach-Lengholz, möglich? (*Vorsitzender Erster Präsident Unterrieder: Das ist eine ganz wichtige Frage! Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, bitte!*)

Abgeordneter Landeshauptmann-Stellvertreter

Ing. Reichhold (FPÖ):

Hohes Haus! Ich habe bereits in der letzten Legislaturperiode berichtet, daß ein genehmigter Rohentwurf vom Bundesministerium für den Abschnitt Kleblach-Lengholz vorliegt. Diese Genehmigung wurde im Juli 1993 erteilt. Allerdings verweigerte das Wirtschaftsministerium bislang die Einleitung eines Anhörungsverfahrens.

Der diesbezügliche Antrag liegt seit November des Vorjahres in Wien auf. Auch die wegen dieser Verzögerungstaktik eingeleitete Besprechung einer Arbeitsgruppe im Wirtschaftsministerium angeforderten ergänzenden Unterlagen wurden bereits der Zentralstelle übermittelt, d. h. Kostenschätzungen, Variantenvergleiche, Massenermittlungen liegen auch auf. Ich kann nur hoffen, daß in Wien rasch die Einsicht greift, daß das vom ÖVP-Bundesminister gegebene Versprechen, mit dem Bau dieses Teilstückes endlich zu beginnen, auch eingelöst wird.

Wir haben am kommenden Freitag einen Termin beim Bundesminister betreffend den Lückenschluß Autobahn Klagenfurt erwirkt. Ich habe vor, auch im Zusammenhang mit dieser Problematik das Thema "B 100" noch einmal zu diskutieren. (*Abg. Schwager: Danke!*)

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Danke, damit ist diese Anfrage beantwortet. - Wir kommen zur nächsten Anfrage:

6. Ldtgs. Zl. 6/M/27:**Anfrage des Abgeordneten Dipl.-Ing. Gallo an Landesrat Schiller**

Bitte, Herr Abgeordneter!

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (FPÖ):

Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Sehr geehrter Herr Landesrat Schiller, ich stelle an Sie die konkrete Frage: Welche Umweltpro-

Dipl.-Ing. Gallo

bleme in Ihrem Zuständigkeitsbereich konnten Sie während Ihrer Amtszeit nicht lösen?

Abgeordneter Landesrat **Schiller** (SPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Geschätzter Herr Abgeordneter! Nachdem ich höre, daß die Freiheitliche Partei auch heute wieder aus der Landtagssitzung ausziehen wird, ist meine Amtszeit nicht zu Ende, und ich kann objektiv diese Anfrage nicht beantworten.

(1. Zusatzfrage:)

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (FPÖ):

Was ist der aktuelle Stand bei der Suche nach dem Standort der Bezirksmülldeponie Villach?

Abgeordneter Landesrat **Schiller** (SPÖ):

Herr Präsident! Herr Abgeordneter! Der Abfallbeseitigungsverband Villach hat vor längerer Zeit ein Ziviltechnikerbüro aus Oberösterreich beauftragt, die vorhandenen Standortmöglichkeiten im Bezirk Villach bzw. im Bereich des Verbandes zu prüfen, wissenschaftlich exakt zu untersuchen und bis Mitte, Ende Mai 1994 einen Standort zu präsentieren, der letztlich vom Verband umgesetzt werden soll oder durch eine Verordnung in der Kärntner Landesregierung rechtsgültig für die Errichtung der neuen Mülldeponie in Villach fixiert werden soll.

(2. Zusatzfrage:)

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (FPÖ):

Herr Landesrat Schiller, bitte wie sieht die bisherige Kostenentwicklung bei dieser Suche nach der Bezirksmülldeponie Villach in konkreten Zahlen aus?

Abgeordneter Landesrat **Schiller** (SPÖ):

Herr Präsident! Herr Abgeordneter! Das wäre eine Frage, die Sie an den Geschäftsführer bzw. an den Vorsitzenden des Abfallbeseitigungsver-

bandes Villach zu richten hätten. Soweit von unserer Seite das beurteilt werden kann, hat sich das Land Kärnten mit einer Million Schilling an dieser Studie beteiligt. Die genauen Kosten darüber hinaus wäre beim Verband Villach zu erfragen.

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Damit ist diese Anfrage beantwortet. - Wir kommen zur 7. Anfrage:

7. Ldtgs. Zl. 7/M/26:**Anfrage des Abgeordneten Hinterleitner an Landeshauptmann Dr. Zernatto**

Bitte, Herr Abgeordneter!

Abgeordneter **Hinterleitner** (ÖVP):

Hohes Haus! Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Kärntner Tourismus, mit seinen verschiedenen Säulen, hat eine der wesentlichen Säulen im Kurtourismus.

Meine Frage daher an den Herrn Landeshauptmann: Wie sieht das Ergebnis des Kärntner Kurtourismus 1993 aus?

Abgeordneter Landeshauptmann **Dr. Zernatto** (ÖVP):

Herr Abgeordneter! Hohes Haus! Sehr geehrter Herr Präsident! Ich freue mich darüber, daß diese Anfrage gestellt wird, weil sie mir die Möglichkeit gibt, ein bißchen darauf hinzuweisen, daß tatsächlich das, was im Sommerentwicklungskonzept 2000 expressis verbis verankert und letztlich auch vom Kollegium der Kärntner Landesregierung beschlossen wurde, darüber hinaus aber seit über zehn Jahren strategisches Konzept der Tourismusedwicklung in Kärnten ist, in diesem einen Bereich einen besonderen Erfolg verzeichnen konnte.

1993 wurden in den 19 Kurorten in Kärnten 5,879.000 Nächtigungen gezählt. Das bedeutet,

Dr. Zernatto

daß der Anteil der Nächtigungen in Kurorten 35,3 % sämtlicher Nächtigungen in Kärnten beträgt. Wir haben hier insgesamt drei Gruppen von unterschiedlichen Möglichkeiten zu berücksichtigen: Erstens Kurorte mit ortsgebundenen Heilvorkommen, die einen Anteil von 38 % an diesen Nächtigungen haben; Gemeinden mit Kuranstalten auf der Grundlage ortsgebundener Heilvorkommen mit 6 % und heilklimatische Kurorte oder Luftkurorte mit annähernd 60 %.

Man muß aber darüber hinaus sagen, daß das Kurangebot in diesen Orten eigentlich ein Zusatzangebot und in vielen dieser Gemeinden nicht das Hauptangebot darstellt, sondern daß es hier auch zu einer sehr sinnvollen Verknüpfung von Kurtourismus mit Erholungstourismus oder Tourismus in ganz bestimmten Segmenten des Angebotes gekommen ist.

Vielleicht ist auch die Feststellung für Sie interessant, daß zwei der fünf größten Kurorte Österreichs in Kärnten sind, und zwar ist Villach mit 1.005.000 Nächtigungen und Bad Kleinkirchheim mit 923.000 Nächtigungen an der dritten und vierten Stelle dieser Rangliste für ganz Österreich.

(1. Zusatzfrage:)

Abgeordneter **Hinterleitner** (ÖVP):

Wie steht daher Kärnten im Verhältnis zu den anderen Bundesländern in Prozenten?

Abgeordneter Landeshauptmann **Dr. Zernatto** (ÖVP):

Auch in diesem Vergleich zeigt sich, daß sich die richtige Qualitätsstrategie auch im Vergleich mit anderen Bundesländern in Kärnten sehr nachhaltig niedergeschlagen hat, denn gerade in der Steiermark wird oft der Eindruck erweckt, daß dort der Kurtourismus eine überproportionale Bedeutung hätte. Richtig ist, daß in Kärnten 35 % der Nächtigungen auf den Kurtourismus entfallen, in Oberösterreich sind es 29 %, in Niederösterreich 24 %, im Burgenland 20 % und in der Steiermark 19 %. Wir schneiden also auf diesem Gebiet auch im Vergleich zu anderen Bundesländern hervorragend ab.

8. Ldtgs.Zl. 8/M/27:**Anfrage des Abgeordneten Hinterleitner an Landeshauptmann Dr. Zernatto**

Abgeordneter **Hinterleitner** (ÖVP):

Herr Landeshauptmann! Das Sommertourismuskonzept 2000 wurde 1991 von der Landesregierung genehmigt. Es dient unter anderem dazu, die Infrastrukturangebote der Regionen und der Betriebe für den Tourismus und die Freizeitwirtschaft und darüber hinaus auch die Innovationsmaßnahmen und Qualitätsverbesserungen in den Regionen und auch in den Betrieben zu sichern.

Meine Frage daher: Welche Projekte des Tourismuskonzeptes 2000 und des Wintererschließungskonzeptes wurden bereits verwirklicht?

Landeshauptmann **Dr. Zernatto** (ÖVP):

Herr Abgeordneter, aufgrund der Tatsache, daß nahezu alle Projekte, die sowohl im Bereich der Regionalförderung abgewickelt werden und in den touristischen Bereich hineinreichen, als auch sämtlicher Projekte, die über den Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds für Tourismusprojekte abgewickelt werden, aber auch aller Projekte, die im Rahmen der einzelnen Gemeinden mitfinanziert und abgewickelt werden und auf der Grundlage des Sommerentwicklungskonzeptes stattfinden, ist eine absolut vollständige Aufzählung nahezu unmöglich. Aus meiner Sicht ist aber die Tatsache entscheidend und wichtig, daß dieses Sommerentwicklungskonzept 2000, das noch unter meinem Vorgänger als Tourismusreferent initiiert wurde, mittlerweile eine sichere und feste Basis für Investitionsentscheidungen im touristischen Bereich insgesamt ist. Ich werde Ihnen daher nur auszugsweise einige jener Projekte nennen, die in diesem Zusammenhang in der Vergangenheit bereits umgesetzt wurden.

Im Rahmen der Qualitätsstrategie Tourismusprojekte, die für den Urlauber Problemlösungen in einer Nische mit hoher Individualität sicherstellen und offerieren sollen, ist z. B. das Gesundheitszentrum Agatenhof in Micheldorf zu nennen, wo im Bereich der Esoteriken ein ganz

Dr. Zernatto

enges, aber offensichtlich sehr ertragstarkes Segment erobert werden konnte, das Kräuterdorf Irschen mit seiner Gesamtkonzeption, aber auch das Konzept Babyurlaub im Bereich Trebesing. Wir haben gerade in der vergangenen Woche dabei sein können, als dort die Windelwandermeile eröffnet werden konnte. Oder aber auch das Familienhotel Urbani in Bodensdorf am Ossiacher See, die Alpen-Adria-Gastronomiebetriebe und vieles andere mehr. Um auch die Attraktivität für den typischen Erholungsurlauber in unserem Land zu erhöhen, haben wir auch im Rahmen der sogenannten 80%-Strategie des Kärntner Tourismusentwicklungskonzeptes die Umweltgütesiegelaktion Grüner Baum des Kollegium Touristikum Carintiae finanziert und mit ins Leben gerufen, Themenwanderwege sowie Radwanderwege, die auch mit Themenschwerpunkten verbunden sind, mitfinanziert und unterstützt. Wir haben attraktive Freizeitbäder z. B. in Oberdrauburg, Dellach an der Drau u. ä. durch entsprechende Förderungen wieder so attraktiv gemacht, daß sie als eine hervorragende Ergänzung des Urlaubsangebotes in diesen Regionen bezeichnet werden können. Wir haben Schwerpunkte für Verkehrslösungen mitunterstützt, so z. B. am Weißensee oder auch für das Verkehrskonzept in Velden am Wörther See. Darüber hinaus gibt es von meiner Seite her schon die klare Zustimmung, daß das Verkehrsberuhigungskonzept in Maria Wörth unterstützt werden soll. Wir haben aber auch im Rahmen der Themenschwerpunktstrategie Förderungen von Reitsportzentren z. am Dienstlhof, Tenniszentren wie in Pörschach, Thermenprojekte, als Beispiel Entwicklungskonzept Bad Bleiberg und die Erweiterung der Kuranstalt Warmbad Villach, aber auch den Ausbau von Seminarhotels.

Wir haben aber auch im Rahmen des wesentlichen Schwerpunktes dieses Sommerentwicklungskonzeptes 2000, um die Einbindung der Einheimischen und ein tourismusfreundliches Klima im Land zu schaffen, Freizeitangebote auch für Einheimische entsprechend unterstützt, die logischerweise auch von unseren Gästen in Anspruch genommen werden können. In diesem Zusammenhang sei der Ankauf von Seeufergrundstücken z. B. in Saag erwähnt. Die Intensivierung des Ausflugs-tourismus ist von der Näch-

tigungszahl noch nicht besonders bedeutenden Regionen wie z. B. in der Burgen- und Schloßerregion St. Veit wird unterstützt. Wir haben aber auch im Rahmen der Betriebsstrategie, die davon ausgeht, daß vor allem auch Leitbetriebe in den Leitorten unterstützt werden sollen, das Ronacher in Bad Kleinkirchheim, das Naturaktivhotel Alpenhof Naggl am Weißensee und den Robinsonklub am Ossiacher See unterstützt. Das war ein Beschluß, der in der letzten Regierungssitzung zustande gekommen ist. Wir haben die Natur- und Kräuterpension Mandler im Rahmen des Projektes Kräuterdorf Irschen unterstützt. Die Ferienfarm Agatenhof und das Familienhotel Nindler in Bodensdorf habe ich ebenfalls bereits genannt.

Wir haben aber auch entsprechende Maßnahmen finanzieren und unterstützen können, die in den Bereich der Software gehen. So gibt es, wie Sie wissen, seit heuer auch den Unilehrgang für den akademischen Tourismuskaufmann, der im Jahr 1993 erstmals initiiert und umgesetzt werden konnte. Wir haben aber auch im Rahmen der Förderungspolitik vor allem für saisonverlängernde Maßnahmen mit dem Familienfrühling und dem Wadelherbst Schwerpunkte gesetzt.

Es ließen sich hier noch sehr viele Projekte anführen. Gar nicht erwähnt habe ich jene Projekte, die z. B. im Rahmen von Beteiligungen des Landes Kärnten über die Kärntner Bergbahnen AG im Rahmen von Förderungen von entsprechenden Infrastruktureinrichtungen gerade im Bereich der Aufstiegshilfen erbracht wurden. Es ist also nahezu jedes Projekt, das in Kärnten mit öffentlichen Mitteln gefördert wird, auf der Basis des Sommerentwicklungskonzeptes 2000 und des Wintererschließungskonzeptes erfolgt.

(Zusatzfrage:)

Abgeordneter **Hinterleitner** (ÖVP):

Eine Zusatzfrage dazu: Wieviele Mittel hat das Land Kärnten 1993 an Förderungen und Unterstützungen für den Tourismus und die Freizeitwirtschaft ausgegeben?

Landeshauptmann **Dr. Zernatto** (ÖVP):

Herr Abgeordneter, wie Ihnen bekannt ist, hat die Kärntner Tourismusgesellschaft im Jahre 1993 einen Betrag von etwa insgesamt 70 Millionen Schilling zur Bewirtschaftung übertragen bekommen, der in dem Bereich Marketing und Werbung investiert wurde. Darüber hinaus wurden von seiten der Österreichwerbung insgesamt 12,4 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt, so daß für den Bereich Werbung und Marketing aus diesen beiden Bereichen etwa 82,6 Millionen Schilling zum Einsatz kommen konnten. Darüber hinaus wurden vor Inkrafttreten des Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds über die Abteilung 21 zusätzlich noch 16 Millionen Schilling im Rahmen der Regional- und Fremdenverkehrsförderung zur Auszahlung gebracht.

Der Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds hat ab seiner Installierung vom 16. 4. an für Fremdenverkehrsförderung insgesamt 74,600.000 Schilling zugewiesen, Beteiligungen des Landes Kärnten über die Abteilung 4 von etwa 128 Millionen Schilling kommen hinzu, das, was ich vorher im Zuge von Infrastrukturprojekten bereits angezogen habe, und über die Gemeindeabteilung des Landes Kärnten wurden für Tourismusprojekte im Bereich der Bedarfszuweisungen insgesamt weitere 62 Millionen Schilling zugewiesen, so daß die enorme Summe von insgesamt etwa 364 Millionen Schilling für den Kärntner Tourismus de facto qualitätsverbessernd im Jahr 1993 zum Einsatz kam. *(Vorsitzender: Gibt es noch eine Zusatzfrage, Herr Abgeordneter? - Abg. Hinterleitner: Nein, danke.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Damit ist die Fragestunde erledigt.

Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Für die 4. Sitzung des Kärntner Landtages hat die Frau Abgeordnete Steinkellner den Eintrittschein. Es ist niemand entschuldigt; der Landtag ist voll beschlußfähig.

Bevor wir in die Tagesordnung eingehen, darf ich ein paar Mitteilungen machen: Wir haben in der Obmännerkonferenz heute beschlossen, daß wir am Dienstag, den 7. Juni 1994 um 9 Uhr eine Europaenquete im Kärntner Landtag durchführen. Es werden bei dieser Enquete - sofern sie die Termine wahrnehmen können, wenn die Möglichkeit seitens der Eingeladenen besteht -, der Herr Bundesminister Dr. Alois Mock und der Herr Bundesminister Dr. Ferdinand Lacina sprechen. Ein Referat von Rechtsanwalt Dr. Martin Brunner aus München, ein Referat von EU-Botschafter Dr. Corade Piroli und ein Referat von Prof. Dr. Bernhard Felderer, Institut für höhere Studien, sind vorgesehen. Der Beginn ist um 9 Uhr und voraussichtlicher Beginn der Debatte ist 11 Uhr. Die entsprechenden Einladungen werde ich heute versenden.

Ich darf mitteilen, daß ich die Absicht habe, für nächsten Donnerstag um 10 Uhr eine weitere Landtagssitzung einzuladen. Um 9 Uhr finden die Klubsitzungen statt und um 8.30 Uhr lade ich zur Obmännerkonferenz ein.

Bevor wir in die Tagesordnung eingehen, darf ich noch etwas nachholen. Ich darf dem Kollegen Landesrat Herbert Schiller, der momentan nicht im Saal ist, recht herzlich zu seinem Geburtstag gratulieren. *(Beifall im Hause.)*

Ldtgs.Zl. 2-2/27:

Angelobung von Mitgliedern des Landtages gem. Art. 22 der Landesverfassung für das Land Kärnten

Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Bevor wir in die Tagesordnung der Sitzung eingehen, haben wir aufgrund der Mandatzurücklegung von Herrn Abgeordneten a. D. Kommerzialrat Robert Rogner seine Nachfolgerin anzugeloben, damit der Landtag wieder vollständig konstituiert ist. So schnell ist man außer Dienst! Abgeordneter a. D. Kommerzialrat Robert Rogner hat gegenüber der Wahlbehörde seinen Verzicht ausgesprochen. Die Wahlbehörde hat der Frau Abgeordneten Ingrid Steinkellner den Wahlschein ausgestellt

Unterrieder

hat, der sie zum Eintritt in die heutige Sitzung berechtigt hat.

Gemäß § 22 unserer Landesverfassung haben Abgeordnete in der ersten Sitzung, an der sie teilnehmen, das Gelöbnis zu leisten. Sehr geehrte Damen und Herren! Ich ersuche Sie, sich von Ihren Plätzen zu erheben, und den Schriftführer, die Gelöbnisformel zu verlesen. *(Die Anwesenden erheben sich von ihren Sitzen.)*

Schriftführer Direktor **Dr. Putz:**

Die Gelöbnisformel lautet:

"Ich gelobe, für die Freiheit, den Bestand und die Wohlfahrt des Landes Kärnten und der Republik Österreich jederzeit einzutreten, die Gesetze des Landes und des Bundes getreu zu beachten und meine Pflichten nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen."

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Frau Abgeordnete Steinkellner!

Abgeordnete **Steinkellner** (FPÖ):

Ich gelobe! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Ich danke. *(Die Anwesenden nehmen wieder ihre Sitze ein.)*

Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Damit ist der Kärntner Landtag wieder vollzählig. Wir können in die Tagesordnung eingehen.

Zur Geschäftsordnung bitte Herr Klubobmann Dr. Strutz.

Abgeordneter **Dr. Strutz** (FPÖ):

Herr Präsident! Ich ersuche, eine Umreihung der Tagesordnung vorzunehmen und darüber abstimmen zu lassen. Ich stelle den Antrag, den Tagesordnungspunkt 7, Nachwahl von Obmännern und Mitgliedern der Ausschüsse gemäß Artikel 16 Abs. 3 der Landesverfassung für das Land Kärnten als Tagesordnungspunkt 1 zu behandeln.

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Gibt es dagegen einen Einspruch? - Wenn das nicht der Fall ist, ist aufgrund der Geschäftsordnung dieser Umreihungsantrag genehmigt. Somit gehen wir in dieser Form der Tagesordnung vor.

Tagesordnung

Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 7:

7. Ldtgs.Zl. 4-2/27:**Nachwahl von Mitgliedern der Ausschüsse gemäß Art. 16 Abs. 3 der Landesverfassung für das Land Kärnten**

Hohes Haus! Ich ersuche den Schriftführer, die Wahlvorschläge zu verlesen. Wir wählen in einem Wahlgang mit zwei Stimmzetteln, wobei ich bitte, beide Stimmzettel, auch nicht angekreuzte, in das Kuvert zu legen. Die Wahl

Unterrieder

erfolgt so wie immer durch Ankreuzen der Stimmzettel. Herr Schriftführer, ich bitte um Verlesung der Wahlvorschläge.

Schriftführer Direktor **Dr. Putz:**

Die Wahlvorschläge lauten:

Vorschlag der SPÖ:

In den Ausschuß für Europa- und Föderalismusfragen Abgeordneten Dr. Peter Ambrozy anstelle von Abgeordneten Peter Schlagholz;

In den Ausschuß für Tourismus und Gewerbe: Abgeordneten Johann Ferlitsch anstelle von Abgeordneten Peter Schlagholz.

Vorschlag der FPÖ:

In den Schul-, Kultur-, Jugend- und Sportausschuß: Abgeordnete Siegrid Steinkellner anstelle von Kommerzialrat Robert Rogner;

in den Ausschuß für Familie, Soziales und Gesundheit: Abgeordnete Steinkellner anstelle von Kommerzialrat Rogner.

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Ich ersuche die Stimmzähler ihres Amtes zu walten. Es sind dies für die SPÖ der Herr Abgeordnete Ing. Reinhard Rohr, der Abgeordnete Dr. Strutz für die FPÖ und der Abgeordnete Lutschounig für die ÖVP. Ich bitte den Schriftführer um Verlesung der Abgeordneten für den Wahlvorgang.

Schriftführer Direktor **Dr. Putz:**

Frau Abgeordnete Achatz, Herr Abgeordneter Dr. Ambrozy, Herr Abgeordneter Ferlitsch, Herr Abgeordneter Kollmann, Herr Abgeordneter Koncilia, Herr Abgeordneter Koschitz, Frau Abgeordnete Kövari, Herr Abgeordneter Ing. Rohr, Herr Abgeordneter Schiller, Herr Abgeordneter Schlagholz, Frau Abgeordnete Mag. Trunk (*Während der Wahlhandlung des Ersten Präsidenten Unterrieder übernimmt Zweiter Präsident Mitterer den Vorsitz.*), Herr Erster Präsident Unterrieder, Herr Abgeordneter Wedenig, Herr Abgeordneter Ing. Wissounig,

Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Freunschlag, Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Gallo, Frau Abgeordnete Kreuzer, Herr Zweiter Präsident Mitterer, Herr Abgeordneter Ing. Pfeifenberger, Herr Abgeordneter Pistotnig, Herr Abgeordneter Ing. Reichhold, Herr Abgeordneter Schretter, Herr Abgeordneter Schwager, Herr Abgeordneter Stangl, Frau Abgeordnete Steinkellner, Herr Abgeordneter Dr. Strutz, Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Traußnig, Herr Abgeordneter Mag. Grilc, Frau Abgeordnete Mag. Herbrich, Herr Abgeordneter Hinterleitner, Herr Abgeordneter Dr. Hofer, Herr Abgeordneter Lutschounig, Herr Abgeordneter Ramsbacher, Herr Abgeordneter Sablatnig, Herr Dritter Präsident Dkfm. Scheucher, Herr Abgeordneter Dr. Zernatto.

(Nachdem die Stimmzähler die in die Wahlurne gegebenen Stimmen gezählt haben, gibt der Vorsitzende folgendes Wahlergebnis bekannt:)

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Hohes Haus! Ich gebe das Wahlergebnis bekannt: Die Wahlzahl beim Wahlvorschlag der SPÖ beträgt 8, die beim Wahlvorschlag der FPÖ 7. Alle haben die Wahlzahl weit überschritten und sind, wie vorgeschlagen, in die Ausschüsse gewählt. Ich gratuliere sehr herzlich. Alle Ausschüsse sind damit wieder arbeitsfähig.

(Abg. Dr. Strutz: Zur Geschäftsordnung!)

Bitte, zur Geschäftsordnung, Herr Klubobmann Dr. Strutz!

Abgeordneter **Dr. Strutz** (FPÖ):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Der jahrelange Leiter der Verfassungsabteilung, Landesamtsdirektor Univ.-Prof. Dr. Ralf Unkart hat in einem Kommentar zur Landesverfassung festgehalten: "In staatsrechtlicher Hinsicht ist die Blockade einer Landeshauptmannwahl unproblematisch; auch ist die Blockademöglichkeit angesichts der politischen Reife unserer Demokratie ungefährlich."

Wir machen heute, Herr Präsident, neuerlich von dem uns zustehenden und nach Unkart unproble-

Dr. Strutz

matischen Recht gebrauch, uns am Tagesordnungspunkt 1, Wahl des Landeshauptmannes, nicht zu beteiligen. Die Haltung der freiheitlichen Abgeordneten ist unverändert. Der Freiheitliche Landtagsklub wird die Wahl eines Landeshauptmannes nicht ermöglichen, solange SPÖ und ÖVP an der Person von Dr. Christof Zernatto als Kandidat für dieses Amt festhalten.

Es haben Parteienverhandlungen unter Ihrer Führung stattgefunden, in denen wir versucht haben, auch auf einen Kompromiß einzugehen. (*Abg. Sablatnig: Es kann nicht immer so sein: ferngesteuert!*) Uns wurde jedoch von SPÖ und von ÖVP keine Kompromißbereitschaft signalisiert. Wir sind der Meinung, daß dem Land Kärnten ein Landeshauptmann vom Charakter des Dr. Christof Zernatto nicht zugemutet werden kann. Dies deshalb, weil er den Ruf unseres Landes beschädigt hat, weil er wiederholt die Unwahrheit gesagt hat; Verträge gebrochen hat und der Glaubwürdigkeit unseres Landes und der Politik einen schweren Schaden zugefügt hat. (*Vorsitzender Erster Präsident Unterrieder: Herr Klubobmann Dr. Strutz, ich würde Sie bitten, in Ihrer Wortwahl mäßig zu sein! Bitte!*) Herr Präsident, ich möchte nur für alle 13 Abgeordneten unmißverständlich klarstellen, daß wir freiheitlichen Abgeordneten für den Tagesordnungspunkt 1 heute und auch in Zukunft, so lange der Vorschlag auf Dr. Zernatto lautet, nicht zur Verfügung stehen werden.

(*Die Abgeordneten der FPÖ-Fraktion beginnen mit ihrem Auszug aus dem Plenum.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Meine Damen und Herren, ich habe den Tagesordnungspunkt 1 eigentlich noch nicht eröffnet. (*Lärm im Hause. - Abg. Dr. Hofer zur FPÖ-Fraktion: Die Verhinderer vom Dienst!*)

Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Bevor ich den Tagesordnungspunkt 1 eröffne - es liegen Wortmeldungen in ausreichender Zahl hier vor -, darf ich dem Haus mitteilen, daß ich ständig Briefe von den Bürgermeistern unseres Landes bekommen, die große Sorgen dahingehend ausdrücken, daß durch diese demokratiepolitisch, durch eine

Geschäftsordnung und Verfassung mögliche Maßnahme, die aber nicht verständlich ist, Entscheidungen in den Gemeinden, welche die Bevölkerung betreffen, hintangehalten werden. Die Bürgermeister der Gemeinden des Landes ermahnen uns und wünschen dringend von den Damen und Herren Abgeordneten - das richtet sich besonders an die Freiheitliche Partei, die ständig auszieht, wenn es um die Wahl des Landeshauptmannes und der Regierungsmitglieder geht -, daß es dazu kommt, daß wir eine neue Landesregierung und auch den Landeshauptmann wählen können.

Ich darf einen offenen Brief des Kärntner Gemeindebundes vorlesen, wo die Forderung, die Überschrift "Keine weitere Verhinderung der Wahl der Landesregierungsmitglieder" alles sagt: "Die Kärntner Gemeinden sind bestürzt über die Vorgänge, die sich in den letzten Tagen rund um die Wahl des Kärntner Landeshauptmannes im Kärntner Landtag ereignet haben. Es werden alle Abgeordneten des Kärntner Landtages aufgefordert, die Wahl des Landeshauptmannes und der Regierungsmitglieder zu ermöglichen. Die Kärntner Gemeinden sind in ihrem Handeln an Beschlüsse der Kärntner Landesregierung gebunden. Eine weitere Verhinderung der Wahl der Regierungsmitglieder würde auch eine konstruktive, fortschrittliche Gemeindegemeinschaft erschweren bzw. verzögern. Es ist daher auf das entschiedenste abzulehnen. Ein einmaliger Auszug aus dem Plenum als Zeichen des Protestes sei durchaus üblich. Eine Pattstellung auf Dauer wäre jedoch unverständlich und würde dem Land Kärnten und seinen Gemeinden größten Schaden zufügen. Im Namen der Kärntner Gemeinden appelliert der Gemeindebund daher nochmals eindringlich an alle Abgeordneten des Kärntner Landtages, und hier besonders an die FPÖ, die Wahl der neuen Kärntner Landesregierung durchzuführen, um nicht die notwendige funktionierende Gemeindegemeinschaft zum Wohl der Kärntner Bevölkerung zu gefährden."

Dieser Inhalt ist in sämtlichen Briefen als Sorge der Gemeinden enthalten. Es sind Projekte angeführt, die dadurch verzögert werden. Das heißt, der Druck wird immer größer. Ständig langen Schreiben ein, in denen verlangt wird,

Unterrieder

daß ich zu einer Verbesserung der Situation beitragen soll. Ich kann als Präsident des Landtages nicht mehr als appellieren. Wir haben die Gesprächsrunde mit den Parteien und Klubobmännern versucht, doch es ist die Bereitschaft seitens der Freiheitlichen Partei trotzdem nicht vorhanden, hier endlich die Wahl des Landeshauptmannes und der neuen Landesregierung zu ermöglichen.

Ich glaube, daß das auf Dauer dem Land einen großen Schaden zufügt. Das ist der Inhalt all dieser Mitteilungen, die ich von den Gemeinden ständig bekomme.

Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus!
Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 1:

1. Ldtgs.Zl. 6-1/27: Wahl des Landeshauptmannes gemäß Art. 43 Abs. 1 der Landesverfassung für das Land Kärnten

Zu Wort gemeldet zu diesem Tagesordnungspunkt hat sich als erster Herr Dritter Präsident Dkfm. Harald Scheucher.

Dritter Präsident **Dkfm. Scheucher** (ÖVP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Die Geisteshaltung der FPÖ ist jetzt wieder deutlich sichtbar geworden. Ich glaube, was ich der FPÖ zu sagen habe, das kann ich ihr auch durch die Türe sagen.

Wenn heute die Abgeordneten der FPÖ wieder geschlossen aus dem Landtag ausgezogen sind und damit wieder die Wahl des Landeshauptmannes und die Bildung der Landesregierung verhindert haben, wenn sie also die Tür hinter sich zugemacht haben, dann muß ihnen eines klar und bewußt sein, daß eine Rückkehr in den Landtag so, als ob nichts gewesen und nichts passiert wäre, wohl nicht mehr möglich sein wird.

Die FPÖ-Abgeordneten sollten so aufrichtig sein und gleich erklären, daß sie mit dem Kärntner Landtag nichts mehr zu tun haben wollen, daß sie nicht mehr bereit sind, die demokratischen Spielregeln zu akzeptieren, daß ihnen das Wohl

unserer Heimat völlig egal ist und daß sie nicht gewillt sind, für dieses Land entsprechend dem Auftrag der Bürger zu arbeiten. Es ist für Abgeordnete doch undenkbar, durch den Auszug oder durch die Nichtteilnahme an Sitzungen das Parlament lahmlegen zu wollen. Die Anwesenheit in einem Parlament ist der Kern und die Grundvoraussetzung einer Demokratie.

Die FPÖ widerspricht mit ihrer Handlungsweise eklatant dem Geist der Verfassung und des Parlamentarismus, weil sie in Wirklichkeit demokratisch gewählte Organe durch politische Winkelzüge außer Kraft setzen will. Da müssen sich die Damen und Herren der FPÖ schon die Frage gefallen lassen, ob die FPÖ ein Partner der Politik ist oder aber ob sie sich auf dem Weg zu einer Partei mit autoritärem Anspruch befindet. Wer so handelt wie die FPÖ, hat nichts anderes im Sinn, als den Landtag handlungsunfähig zu machen und eine Mehrheit daran zu hindern, ihr Mehrheitsrecht auszuüben. Sie leidet auch an einem Realitätsverlust, weil sie ihre Auffassung der Mehrheit mit der Brechstange aufzwingen will. Sie entwickelt gegen alle, die dieser Brechstange nicht folgen wollen, geradezu einen biblischen Haß.

Meine Damen und Herren, damit wird nicht nur das politische Klima vergiftet, sondern werden Gräben aufgerissen, die vielleicht nie mehr zuzuschütten sind. Die FPÖ hat damit - auch diesen Vorwurf kann ich ihr nicht ersparen - den politischen Grundkonsens bereits verlassen. Eine demokratische Gesellschaftsordnung kann aber nur so lange funktionieren, solange sich alle an die Spielregeln halten. Die Geschichte hat gezeigt, wohin es führt, wenn politische Parteien zu diesem Grundkonsens nicht mehr fähig oder dazu nicht mehr bereit sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich kann mich noch sehr genau an die Abschiedserklärung des damaligen Landeshauptmannes Dr. Haider in diesem Hause erinnern, als er am Ende seiner Rede gemeint hat: "Paßt mir auf dieses Kärnten auf!" Ich habe ihm das damals abgenommen. Und jetzt gibt er sich dazu her und geben sich die Abgeordneten der FPÖ dazu her, daß ganz Kärnten und Österreich an Ansehen und Reputation im höchsten Ausmaß Schaden erleiden. Ich wollte an die FPÖ-Abgeordneten appellieren, daß sie zu einer vernünftigen

Dkfm. Scheucher

Lösung für unser Land zurückkehren. Ich möchte ihnen aber auch sagen, wenn sie hinausgehen, wie sie es getan haben, dann sollen sie das aufrechten Ganges tun und dem Beispiel Robert Rogners folgen, ihr Mandat für Volksvertreter zurückzulegen, die gewillt sind, für dieses Land zu arbeiten und die nicht ihre einzige Daseinsberechtigung darin sehen, die Regierungsbildung und damit die Arbeit für unsere Kärntner Heimat zu blockieren. *(Beifall im Hause.)*

Abgeordnete Mag. Trunk (SPÖ):

Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich darf vorweg feststellen, daß die Abgeordneten der FPÖ nicht nur nicht bereit sind, einen Landeshauptmann zu wählen, sondern sie sind auch nicht bereit, eine Debatte darüber abzuführen. Dazu fällt mir eigentlich nur ein, daß ihnen offensichtlich die Argumente ausgegangen sind, denn ich meine, es beweist mehr politische Kultur, wenn wir hier in diesem sogenannten Hohen Haus offen unsere Pro- und Kontraargumente austragen und nicht nur hinter sogenannten verschlossenen Türen verhandeln. Wie ich weiß und wie ich gesehen habe, sind der Herr Zweite Präsident Mitterer, der Herr Abgeordnete Stangl und die Frau Abgeordnete Kreuzer hinter dieser Tür, es gibt ein Mikrophon und sie hören unsere Wortmeldungen. Ich werde aber dem Rest der Abgeordneten der FPÖ meine Fragen, die in diesen kurzen Ausführungen formuliert wurden, zuschicken, weil ich auf einer Beantwortung dieser Fragen grundsätzlich bestehe.

Ich werde wie der Herr Abgeordnete Scheucher nur in einem ganz knappen historischen Vergleich meine Grundsätze gegen eine Politik der Polarisierung, der Feindbildschaffung und der Radikalisierung vorbringen. Diese Politik ist es, die bei allfälligem Mitverschulden der Situation jetzt, letztlich aber die Alleinverantwortung für ein bedenklich trauriges Schauspiel trägt, das Kärnten in Österreich und international vorführt, das in jedem Fall die Bevölkerung Kärntens nicht verdient hat.

Was hier seit Wochen mit dem Auszug der Abgeordneten der FPÖ vor sich geht, hat - und das habe ich am Anfang für mich selbst gewußt,

aber ich glaube, das werden mittlerweile alle erkannt haben - gar nichts mehr mit der Ablehnung einer Person zu tun, Ich gehe so weit zu sagen, einer Person, die gerade zufällig Zernatto heißt. Dieses Vorgehen hat System und auch Geschichte in der Geschichte der FPÖ. Ich ordne nicht zu, weil mir politische Kultur sehr wichtig ist, sondern ich gebe nur zu bedenken, daß es ein in der Geschichte nicht nur nachlesbares, sondern aus der Geschichte nachvollziehbares Instrument des Rechtsradikalismus und des Rechtsextremismus ist, demokratische Strukturen zu zerstören und vorweg ein Chaos zu schaffen. Eine Krise des Parlamentarismus durch Obstruktion wurde bereits in der Weimarer Republik herbeigeführt. Ich kann nicht so blauäugig sein und sagen, der Landtag ist voll handlungsfähig, wenn ich weiß, daß durch das Vorgehen der FPÖ-Abgeordneten nicht nur eine Regierung nicht in der Weise funktioniert, sondern auch der Landtag nicht voll handlungsfähig ist, das heißt, wir können keine Petitionen und auch keine Anträge der Abgeordneten behandeln, weil die nach dem Einlauf eingebracht werden müssen.

Wenn ein Parteiführer - und ich nehme das Wort Parteiführer im Sinne der politischen Kultur zurück und sage, der Parteivorsitzende der FPÖ - so gerne Golo Mann und andere zitiert, dann empfehle ich jenen, die auch heute noch meinen, das Verhalten der FPÖ hier im Landtag sei eben berechnete oder unberechnete Beleidigung, sei eben ein wiederholter Protest, Golo Mann nachzulesen. Denn den Willen zur konstruktiven Arbeit grundsätzlich zu verweigern, war eine Strategie einer Partei in einer Zeit zwischen 1930 und 1933, und was hier im Landtag passiert, wurde uns von der Geschichte schon einmal vorgeführt. Und wenn jene Kolleginnen und Kollegen, die mich da draußen hören, und die anderen, denen ich das schriftlich geben werde, nicht zu diesem Teil der Geschichte gehören und wenn sie sich von diesem Part der Geschichte verabschieden und distanzieren wollen, dann fordere ich sie auf, Bereitschaft zur konstruktiven Arbeit zu zeigen. Wir fordern im wesentlichen nicht nur konstruktive Arbeit, sondern eine körperliche Anwesenheit. Ich darf als Abgeordnete dieses Hohen Hauses, die auch von den Steuerzahlern bezahlt wird, vermerken, daß wir nicht nur für körperliche Anwesenheit

Mag. Trunk

hier im Hohen Hause, sondern möglichst für intellektuelle Zugaben auch bezahlt werden.

In diesem Zusammenhang mit dem Verhalten der FPÖ stellt sich natürlich auch die berechtigte Frage nach der politischen Kultur in diesem Hause und nach dem Wert der Demokratie in unserem Lande. Politische Kultur bedeutet als allererstes, demokratische Prinzipien nicht nur zu respektieren und sie zu gebrauchen, wenn man es braucht, sondern sie als Grundwert zu achten. Es ist auch Ihnen nicht unbekannt, daß ich innerhalb der Sozialdemokratie zu jenen gehöre, die nicht nur im Rückblick, sondern auch damals gegen diese Form der intensiven Verhandlungen mit einem Jörg Haider war. Ich war nie gegen Verhandlungen mit einer Partei FPÖ, weil ich als Demokratin diese Partei als demokratische Partei anerkenne, aber ich war und bin gegen das Verhandeln mit einem Mann, den ich als Politiker seit 20 Jahren kenne, von dem ich weiß - und es ist leider nicht politische Polemik -, daß seine Meinung nichts wert ist, weil er sie permanent ändert, und daß sein Wort nichts gilt. Und dazu keine Beispiele aus der längeren Geschichte des Herrn Haider, sondern aus der jüngsten der letzten Wochen:

Punkt 1, Haider erklärte bei laufender Kamera bei allen Pressekonferenzen im gebührenden Viertelabschnitt vor dem 13. März, daß die stimmenstärkste Partei den Landeshauptmann zu stellen hat. 1989 hat er sich nicht dazu bekannt, er hat es vorher wahrscheinlich auch nicht formuliert, das sei ihm verziehen. Aber in den vier Tagen vor der Wahl ist dieser Standpunkt des Herrn Haider zu einem Wackelpunkt geworden, weil er die Meinungsumfragen gelesen hat, und nach dem 13. März war davon überhaupt nichts zu hören. Aus meiner Sicht, obwohl es Verhandlungen gegeben hat, hat er nie daran gedacht, einen Peter Ambrozy oder einen Michael Auberwinkler jemals zu wählen. Ich sage, aktiv zu wählen und nicht nur das Quorum zu stellen, wobei es mir - und das darf ich persönlich bemerken - gar nicht lieb wäre, einen sozialdemokratischen Landeshauptmann mit Hilfe der FPÖ-Stimmen zu haben.

Zweitens, Haider hat als Spitzenkandidat für das Land Kärnten kandidiert, beträchtliche 33 % der Kärntner Bevölkerung haben diesem Kandidaten und seiner Partei das Vertrauen geschenkt. Jetzt

wandert Haider nicht nur nach Wien, sondern er sagt im Originalton - es gibt noch schlimmere und ärgere Originaltöne zu Kärnten, ich nehme jene, die sich mit politischer Kultur halbwegs vereinbaren lassen -, Kärnten interessiert mich nicht mehr, da mische ich mich nicht mehr ein, da lasse ich mich nicht mehr anpatzen. Das sagt einer, der sich das Vertrauen von 33 % der Kärntner Bevölkerung - und ich sage das bewußt - unter falschen Voraussetzungen erschlichen hat.

Der 3. Punkt: Haider hat Zernatto vertraglich, wie ganz Kärnten, Österreich und darüber hinaus wissen, zugesichert, ihn zum Landeshauptmann zu wählen und nicht nur das Quorum zu stellen. Heute ist dieser selbe Zernatto charakterlos, das hätte er eigentlich schon frühere auch sein müssen, und heute ist dieser Zernatto nicht mehr wählbar, weil er von seinem Recht, von einem Vertrag zurückzutreten, Gebrauch gemacht hat. Es müßten auch die Abgeordneten der FPÖ wissen, so wie es jeder Staatsbürger und jede Staatsbürgerin weiß, daß laut Konsumentenschutz jeder das Recht hat, von Haustürgeschäften zurückzutreten. (*Beifall im Hause.*) Ich meine, und da stehe ich sicher nicht ganz allein: ich halte es für eine politische Stärke und keinesfalls für einen Umfaller oder Schwäche, wenn sich ein amtierender Landeshauptmann zum Schutz der Kärntner Bevölkerung von einem Pakt verabschiedet, der dem Charakter des Machtputsches ähnlicher war als dem der demokratischen Aufteilung der Regierungsgeschäfte. Ich spreche grundsätzlich jedem und jeder, auch dem Herrn Haider in der Vergangenheit, das Recht zu, zu irren, ebenso, wie ich jedem und jeder das Recht zugestehe, Irrtümer zu korrigieren. Und der Satz ist an den Herrn Haider gerichtet: Ich meine, es irrt nur der wirklich, der meint, nie zu irren.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, vielleicht ist es zu verallgemeinernd und auch an eine Fahne geheftet, die uns nicht immer ganz zusteht, aber ich sage es, es ist vielleicht Qualität auch von Frauenpolitik, daß Mann oder Frau grundsätzlich nicht mit gesichtslosen Wesen verhandelt oder Verträge schließt, weil dann, wie bei Hermann Hesse in Narziß und Goldmund auch nachzulesen, der prüfende Blick

Mag. Trunk

in den Spiegel entfällt. Als Politikerin halte ich sehr viel von diesem selbstprüfenden und selbstkritischen Blick in den Spiegel. Ein Herr Haider hat nicht nur für mich, sondern für den weit überwiegenden Teil der Kärntner Bevölkerung bei seiner Politik des ständigen Gesichtswechsels sein Gesicht schon längst verloren, aber ich bin nicht so naiv, nicht zu wissen, daß ein Herr Haider noch viele, viele Gesichter hat, die wir alle noch nicht gesehen haben. Für Kärnten meine ich: diese Gesichter, um den vielstrapazierten Begriff der Maske nicht zu nennen, mögen uns erspart bleiben. Bleiben aber wird in der Persönlichkeit des Jörg Haider eine unbändige Liebe zur Politik der Befehlsausgabe. An sich könnte mich das nicht stören, denn das ist eine Sache, die die politische Kultur und den Umgang einer anderen Partei, nämlich der FPÖ, betrifft, aber es stört mich maßlos, denn die Politik der Befehlsausgabe erfolgt ja nicht einmal von Angesicht zu Angesicht, sondern diese Politik der Befehlsausgabe an seine freien Abgeordneten - und ich glaube an diesen Begriff der freien Abgeordneten - erfolgt via Pressekonferenz möglichst aus Wien. Ich habe grundsätzlich nichts gegen Wien, aber ein Spitzenkandidat, der sich Kärnten gestellt hat, sollte zumindest in Klagenfurt ein Lokal benützen, um dort seine Meinung zu artikulieren. Diese Befehlsausgaben an die Abgeordneten der FPÖ sind Befehlsausgaben, die für diese Personen, die diese Befehle entgegenzunehmen haben, undemokratisch und demütigend sind. Sie uniformieren eine Gruppe von Menschen und nur im symbolischen Sinne sage ich, ich habe sehr viel gegen Uniformen. Ich fordere die Frau Abgeordnete Kreuzer und die Frau Abgeordnete Steinkellner im Sinne von Ludwig Hirsch auf: Frauen, zieht die Uniformen aus! Ich meine, sollten diese Frauen zögern, dann sollten sie an das Schicksal von drei Frauen denken, falls sie sie, sie sind noch sehr junge Politikerinnen, kennen, aber ich glaube, man muß nur die Medien der kurzen Vergangenheit verfolgen. Es sind Schicksale von Frauen in zwei Parlamenten, dem in Wien und dem in Kärnten. Ich denke an Renate Wintermann, die mit derselben Treue und dem Glauben an Jörg Haider hier für ihn gekämpft hat, nicht immer zum Wohle einer Gesamt-FPÖ, aber man konnte sie respektieren

und akzeptieren, weil das sichtbar war, denn sie hat doch die Qualität besessen, sich herzustellen und Meinungs austausch zu führen. Ich erinnere an eine Kriemhild Trattinig, die als Präsidentin in die Wüste - nein, nicht in die Wüste, sondern in die Berge geschickt wurde, die es nicht mehr gibt. Ich erinnere auch an eine Heide Schmidt. Ich erinnere diese Frauen - und vielleicht auch als Warnung an die männlichen Kollegen hier im Hohen Haus - an das Bekenntnis eines Jörg Haider zur Frau in der Gesellschaft und der Politik und ihrer Aufgabe: Haider im Zitat: Die Gesellschaft besteht aus zwei Teilen, einem dienenden und einem führenden. Der Mann ist der führende, die Frau der dienende Teil, nachzulesen im "Kurier" von seinerzeit, nicht demontiert, sondern von Haider wiederholt bestätigt. Ich meine nicht, daß sich freie Abgeordnete als Dienerinnen eignen.

Ich glaube auch nicht, daß Frauen innerhalb der FPÖ zu jener Qualität stehen und für jene Qualität bürgen, die ein Jörg Haider von Frauen als Politikerinnen verlangt, die für ihn sogenannte gute und qualifizierte Politikerinnen sind. Für ihn sind das nämlich Frauen mit Killerqualitäten. Ich glaube, wir Frauen haben in dieser Demokratie andere Qualitäten vorzuzeigen und nicht jene des Tötens.

Zum Schluß mag es denkwürdig sein - aber offensichtlich erfordert es die Situation -, wenn eine SPÖ-Abgeordnete ihre Kollegen und Kolleginnen der FPÖ auffordert, das einzuhalten, was Sie ihren Wählerinnen und Wählern versprochen haben. Sie sind als Persönlichkeiten bei der Kärntner Landtagswahl angetreten, als Persönlichkeiten mit einem Programm für Kärnten. Sie haben aber niemand erzählt, daß Sie Kärnten boykottieren wollen. Dankeschön! *(Beifall von der SPÖ- und von der ÖVP-Fraktion)*

Vorsitzender Erster **Unterrieder** (SPÖ):

Als nächster ist Herr Abgeordneter Schiller zu Wort gemeldet. Bitte!

Abgeordneter **Schiller** (SPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Am 19. April dieses Jahres haben die Kärntner Abgeordneten in ihrer Gelöbnisformel im ersten Satz gelobt, für die Freiheit, den Bestand und die Wohlfahrt des Landes Kärnten und der Republik Österreich einzutreten. Es ist ein Monat vergangen - und 13 Abgeordnete scheinen dieses Gelöbnis nicht ernst zu nehmen oder, vielmehr, sie unterwerfen sich der Befehlsausgabe eines einzelnen Mannes.

"Der Mensch hat Verantwortung, nicht Macht.", heißt es in einer indianischen Weisheit. Ich appelliere an die Freiheitliche Partei, diese Verantwortung zum Wohle des Landes wahrzunehmen und von ihrer politischen Trotzhaltung abzurücken. Offensichtlich hat aber der Weg, der jetzt eingeschlagen wurde, Methode. Sie, meine Damen und Herren des Hohen Hauses, können sich erinnern, daß am 9. 11. 1993 die Vertreter der SPÖ-Regierungsmannschaft und am 18. 11. 1993 die Vertreter der FPÖ-Landtagsriege jeweils die Gremien verlassen haben: aus Protest darüber, daß der SPÖ-Vorsitzende Dr. Peter Ambrozy in einem Referat in Wien Herrn Dr. Haider beleidigt hätte. Ich darf jetzt diese Passage vorlesen, die damals der Klubobmann vor diesem Auszug hier im Hohen Haus von sich gegeben hat: "Hoher Landtag! Landeshauptmann-Stellvertreter Ambrozy hat in mehreren öffentlichen Erklärungen gesagt, daß die zweitstärkste Kraft in diesem Land, die Freiheitliche Partei Österreichs, die Zweite Republik zu Grabe trage und das herrschende System zerstöre. Der Obmann der FPÖ wurde als die eigentlich zerstörende Kraft unseres Landes bezeichnet und ihm unterstellt, den wirtschaftlichen Wohlstand und die soziale Sicherheit in unserem Lande zu gefährden. Vor allem aber der ungeheuerliche Vorwurf, die Freiheitliche Partei Österreichs scheue nicht vor Gewalt zur Durchsetzung ihrer Ziele zurück, macht es uns unmöglich, weiterhin mit Landeshauptmann-Stellvertreter Ambrozy zusammenzuarbeiten. Diese ungeheuerlichen und durch nichts gerechtfertigten Angriffe gegen eine demokratisch gewählte Partei gegen ihre Funktionäre und ihre Wähler gibt in dem Verhalten, daß die Landesregierung und der Landtag den Freiheitlichen Informationen

vorenthält, sie vom politischen Entscheidungsprozeß ausschließt. Um dies auch der Öffentlichkeit zu dokumentieren, werden die freiheitlichen Abgeordneten an der Budgeteinbegleitung nicht teilnehmen."

Den Worten des Dr. Peter Ambrozy ist nichts hinzuzufügen. Das, was damals der Herr Abgeordnete Strutz hier gesagt hat, passiert konsequent Woche für Woche in diesem Kärntner Landtag. Ich appelliere an die FPÖ, diese Trotzhaltung aufzugeben, weil ihr politischer Putsch nicht aufgegangen ist; glücklicherweise nicht aufgegangen ist, durch Einsichten, durch späte Einsichten des Landeshauptmannes - aber auch durch glückliche Umstände. Wie hätte dieser Putsch ausgesehen? Von 31 Referatsbereichen hätten 21 Referatsbereiche FPÖ-Referenten, mit einem Stimmenanteil von 33 %, bedient. 5 wären der ÖVP zugefallen und 5 der stimmenstärksten Partei, der SPÖ, mit 37,4 %. Das wäre etwas, was in der Zweiten Republik noch nie dagewesen ist. Und das ist noch nicht alles! Nicht nur die Referatsbereiche auf dem Papier sind interessant, sondern es ist auch zuzuordnen, welche Verteilungsmechanismen damit verbunden sind. Da hätten 33 % der Kärntnerinnen und Kärntner, vertreten durch die FPÖ, 100 % Verteilungspolitik in diesem Lande - gegen den Rest der Bevölkerung! - geführt. Ich bin froh, daß dieser Pakt aufgekündigt wurde und daß man zur Einsicht gekommen ist, eine neue Voraussicht für demokratische Entwicklungen in unserem Lande zu gestalten, bei der jetzt die FPÖ nicht mitmachen will. Ich glaube, sie ist vertragsbrüchig: gegenüber der Kärntner Bevölkerung. (*Beifall von der SPÖ- und von der ÖVP-Fraktion*)

"In der Geschichte ist nichts vergangen. Es kehrt wieder, in veränderter Gestalt.", heißt es bei einem berühmten deutschen Dichter. Offensichtlich erleben wir das jetzt in Kärnten.

Ich rufe alle demokratischen Kräfte in der FPÖ auf, diese Zeichen der Zeit zu erkennen. Meine Vorrednerin hat das ausgeführt. Es geht Dr. Jörg Haider nicht um Kärnten. Es geht Dr. Jörg Haider um Dr. Jörg Haider. Und uns geht es um unser Land und um unsere Bürgerinnen und Bürger. Ich bitte Sie, diese Haltung aufzugeben und das nächstmal mitzuwirken, daß wir in diesem Lande arbeiten können, daß wir die Ver-

Schiller

teilung der politischen Macht dem Wahlergebnis entsprechend realisieren können und daß wir endlich den Schandfleck dieser ganzen Ereignisse von unserem Lande wegnehmen können. *(Beifall von der SPÖ- und von der ÖVP-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Als nächster ist Abgeordneter Koschitz zu Wort gemeldet. Ich bitte ihn zu sprechen!

Abgeordneter **Koschitz** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Damit meine ich auch die Kollegen, die draußen vor der Tür sitzen. Ich habe erst gestern im Radio einen Auszug einer Rede des neuen Präsidenten von Südafrika, Nelson Mandela, vernommen und habe mir einen Satz davon gemerkt. Der lautet: "Laßt gestern gestern sein! Laßt uns die Wunden der Vergangenheit heilen!" Ich glaube, die letzten Monate in Kärnten und gerade wir als Politiker haben sehr viel dazu beigetragen, daß so viel zerschlagen wurde. Überall dort, wo man immer nur die Fehler der Vergangenheit aufzeigt, gegenseitige Anschuldigungen immer wieder aufrollt - ob das in der Familie oder in der Gemeinde ist -, überall dort, wo gestritten wird, weiß ich, geht in der Gemeinde nichts weiter. So ist es natürlich auch bei uns im Land. Wenn das auch immer wieder bestritten wird, wird dadurch die Arbeit im Land blockiert. Als Bürgermeister weiß ich das. Das betrifft auch die vielen Vorhaben, welche die 131 Gemeinden in Kärnten haben. Dringend nötig brauchen wir die BZ-Mittel und müssen die BZ-Mittelgespräche durchführen können. Jeder weiß, wie das vor sich geht und daß es nach einem BZ-Mittelgespräch noch sechs bis acht Wochen dauert, damit das dann im Gemeinderat beschlossen werden kann, der Finanzaufsicht und der Gemeindeaufsicht vorgelegt werden muß und erst danach mit dem Bau der einzelnen Projekte begonnen werden kann. Wenn jetzt schon Mai ist und die BZ-Gespräche erst weiß Gott wann stattfinden werden, dann könnten Sie sich vorstellen, daß wir vor dem Herbst mit den

einzelnen Projekten, die in den Gemeinden draußen warten, nicht anfangen werden können. Aber die Wirtschaft braucht diese Aufträge. Gerade die Gemeinden sind es doch, die sofort jedes Geld, das wir vom Land erhalten, in die Wirtschaft weitergeben können. Wir tragen das nicht auf das Sparbuch, sondern die Gemeinden warten darauf, um sofort beginnen zu können. Deshalb bitte ich noch einmal, wirklich zu überlegen, damit wir einen Schritt weiterkommen können. Ich bin überzeugt, daß es hier herinnen von allen drei Parteien keine Kolleginnen und keinen Kollegen gibt, die deshalb in den Landtag gegangen sind, um die Arbeit im Lande zu behindern, sondern deshalb, um in Kärnten etwas weiter zu bringen, um unseren Menschen draußen zu helfen. Die Bevölkerung erwartet eben von uns, daß wir endlich mit der Arbeit beginnen. Die Wahlversprechen der Parteien waren so umfangreich, daß wir drei Perioden brauchen würden, um alles aufzuarbeiten, was wir in diesen zwei Monaten versprochen haben, bevor der Landtag wieder zusammengekommen ist. Ich glaube, daß es notwendig ist, daß wir jetzt die Ärmel aufkrepeln und endlich mit der Arbeit beginnen. Die Sommersaison steht vor der Tür, und wir machen in ganz Österreich und in den benachbarten Staaten rund um Österreich Werbung mit dem Slogan, ihr kennt ihn alle: "Mach Urlaub bei Freunden!"

Liebe Freunde, wenn wir heute ins Fernsehen hineinschauen, dann sitzen da keine Freunde herinnen. Wenn wir in den Landtag hereinschauen, wie es da zugeht: Wo man sich gegenseitig beschimpft, gegenseitig Beschuldigungen ausspricht. Ich glaube, wir sollten Freude ausstrahlen, daß wir dasitzen dürfen und für unsere Bevölkerung und unser Land arbeiten können. Manchmal, wenn man beim Fernsehen da hereinsieht, erkennt man, daß Haß im Herzen getragen wird - und nicht Freude. Das ist für mich, speziell als Bürgermeister und da spreche ich alle 131 Bürgermeister an, unerträglich. Denn seitdem es in Kärnten die Direktwahl gibt, Gott sei Dank, sind die Bürgermeister aller Parteien umso mehr bemüht, mit den Menschen einen Konsens zu finden und mit allen zu reden; wurscht, welcher Partei er angehört. Denn wenn er als Bürgermeister wieder gewählt werden muß, dann muß er draußen mit allen reden. So

Koschitz

soll es auch bei uns herinnen sein. Wir sollen doch versuchen, einen Konsens zu finden!

Es ist jetzt mit den Parteien nicht abgesprochen, aber ich möchte den Vorschlag machen: Ihr kennt alle den Petersberg bei uns; das ist die Akropolis von Kärnten. Ich lade gerne alle Bürgermeister der Fraktion ein - und es sind von allen Fraktionen Bürgermeister da -, um ein gemeinsames Gespräch auf der kleinen Basis zu finden. Ich glaube, die Bürgermeister aller Parteien haben schon bewiesen, daß sie das können. Vielleicht ist es möglich, bei uns zusammenzukommen; vielleicht einmal bei dir in Radenthein und dann mit den Freiheitlichen in Kötschach. In der zweiten Folge kann ich mir vorstellen, daß wir dann die Klubobmänner dazunehmen. Wir müssen da doch weiterkommen! Es kann nicht so sein, daß wir uns das gegenseitig vorhalten, denn es wurde prophezeit, soll aber nicht so sein, daß sie bis zur EU dieses Spiel weiter treiben. Aber wir sollten versuchen, zum Wohle des Landes Kärnten wirklich etwas Positives zu erreichen. Wie war es denn in Jugoslawien, 200 Kilometer südlich von hier? Warum wird dort so gestritten? - Weil man nicht mehr miteinander reden kann. Und das brauchen wir aber bei uns wirklich nicht!

Das Spiegelbild der Bevölkerung soll hier herinnen sitzen. Das ist es aber momentan nicht, wenn wir uns gegenseitig bekämpfen. Deswegen fordere ich die FPÖ auf, darüber nachzudenken und das zu machen, was sie vor den Wahlen gesagt hat. Ich möchte das alles nicht wiederholen, aber daß sie wirklich für das Land arbeiten soll. Deswegen, glaube ich, sollten wir uns zusammensetzen und schauen, daß wir weiterkommen. In diesem Sinne: Tun wir, was wir versprochen haben, nämlich für die Bevölkerung zu arbeiten. Sie sollen zurückkehren und ermöglichen, was wir alle wollen: Daß wir einen Landeshauptmann haben und daß wir vor allem eine starke Landesregierung haben, damit wir endlich das verwirklichen können, was wir der Bevölkerung vor den Wahlen versprochen haben. Danke! *(Beifall von der SPÖ- und von der ÖVP-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Als nächstes hat sich Frau Abgeordnete Herbrich zu Wort gemeldet. Ich bitte Sie, zu sprechen!

Abgeordnete **Mag. Herbrich** (ÖVP):

Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Werte Presse! Die Thematik meiner Vorredner kann ich vollinhaltlich unterstützen, meine Damen und Herren. Auch ich habe mir zum Thema meiner heutigen Rede Demokratie, Demokratiebewußtsein und vor allem auch den Umgang mit Menschenwürde genommen. Laut Verfassung ist der Landtag ein Parlament, in dem sich die Repräsentanten aller Kärntner befinden. Ich betone das Wort "aller Kärntner". Wir alle - auch die FPÖ-Abgeordneten! -, wir sollten der Inbegriff dieser demokratischen Institution sein! Wir sollten Demokratie vermitteln! Und wir sollen vor allem auch Demokratie leben! Unser Ziel muß es sein - nicht so, wie in den letzten Wochen -: hier ist Demokratie zu leben, aber nicht Demokratur. Demokratie muß Lebensform sein. Demokratie ist ein wesentlicher Bestandteil unserer politischen Kultur, unserer Kultur, miteinander umzugehen.

Ich respektiere Ihre Meinung, meine Damen und Herren der FPÖ, die vielleicht noch zum Teil vor der Tür draußen stehen und hören, was hier debattiert wird. Ich respektiere sie, einmal aus-zuziehen. Aber ich appelliere an Sie, werte Damen des FPÖ-Klubs, werte Herren des FPÖ-Klubs, das demokratische Gefüge in Kärnten nicht durch Obstruktion und Widerstand in Gefahr zu bringen!

Enttäuschung über ein Bündnis, das nicht zustande gekommen ist, darf nicht dazu führen, daß Kärnten, und zwar unser aller Kärnten, im Chaos versinkt; nur weil ein Parteiobmann der Meinung ist, daß Blockade das einzige Mittel ist, um seinem Unmut Ausdruck zu verleihen; um sich dann ohnehin, wie Dr. Peter Ambrozy in einer seiner Reden gesagt hat, nach Wien zu vertschüssen.

Neben Demokratie ist aber das Wort "Menschenwürde" in den letzten Wochen etwas

Mag. Herbrich

zu kurz gekommen. Und ich zitiere Ihnen ganz bewußt Zeilen und Sentenzen aus dem "FPÖ-Parteiprogramm": "Neben der Demokratie gibt es für uns noch die Menschenwürde. Der Menschenwürde gehöre unsere volle Achtung! Wir wollen eine tolerante Gesellschaft, die jedem Menschen die Entfaltung seiner Persönlichkeitswerte sichert. Humanität und Toleranz sollen der Maßstab für das Zusammenleben sein. Jeder, auch wir alle, sind Teil einer Gemeinschaft, in der wir auch natürlich Pflichten auferlegt bekommen." Ich zitiere weiter: "Wir alle bekennen uns zu unserem Vaterland. Für uns alle bedeutet Demokratie: Herrschaft des Volkes." Ich zitiere weiter: "Nur die Verhältniswahl bringt eine unverfälschte Wiedergabe des Wählerwillens. Sie allein gewährleistet das für einen fairen politischen Wettkampf notwendige Maß an Gerechtigkeit."

All diese Worte, meine Damen und Herren, stehen so, wie ich es zitiert habe, im "FPÖ-Parteiprogramm". Nur, meine Damen und Herren, Hoher Landtag, wo sind die Abgeordneten dazu? Wie verhalten sich die Damen und Herren des FPÖ-Klubs? Sie meinen doch nicht, meine Damen und Herren des FPÖ-Klubs, daß Sie mit Ihrem Verhalten Aufschwung, Innovationsschübe in Kärnten fördern. Sie glauben doch wirklich nicht, daß Sie durch Verbalinjurien andere Menschen, andere Mitbewerber mit Schimpf und Schande bekleckern können. Und Sie glauben doch wirklich nicht, daß Sie durch Ihr Auftreten in der Öffentlichkeit die Kärntner hinter ihrem Parteiobmann einschwören können.

Ich fordere Sie auf, aus Ihrer Trotzecke herauszukommen! Und, bitte, akzeptieren Sie endlich, daß 66 % dieses Landtages, und das ist die überwiegende Mehrheit, bereit ist, für Kärnten zu arbeiten. Wir alle haben etwas versprochen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß Ihre Politik die Politik der Diskontinuität sein kann, die Sie auf dem Rücken der Kärntner Bevölkerung austragen.

Wir werden uns - und ich spreche hier sicher für 66 % der Abgeordneten - nicht Ihrer politischen Willkür beugen. Wir werden für Kärnten arbeiten; wir werden das in die Tat umsetzen, was wir versprochen haben: Für alle Kärntnerinnen und Kärntner! Zum Wohle unseres Vaterlandes!

(Beifall von der ÖVP- und von der SPÖ-Fraktion)

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Zu Wort gemeldet hat sich Abgeordneter Kollmann. Ich bitte ihn, zu sprechen!

Abgeordneter **Kollmann** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr verehrten Damen und Herren: Wie schon von den Vorrednern ausgeführt, erwarten sich die Wählerinnen und Wähler von ihren Vertretern hier im Kärntner Landtag, daß sie die Versprechungen, die sie anlässlich des Landtagswahlkampfes und innerhalb der Wahlwerbung abgegeben haben, auch einhalten. Heute hätten nämlich die unabhängigen Mandatare ihre Unabhängigkeit in diesem Landtag beweisen und die Wahl des Landeshauptmannes sowie die Bestellung der Regierungsmitglieder erfüllen können. Sie sind aber nach wenigen Wochen aus ihrer Unabhängigkeit geschlüpft und zu treuen Haideroldaten geworden. Das hat man heute wieder mit dem Auszug aus dem Landtag gesehen.

Landtagsabgeordneter a. D. Rogner hat als Unabhängiger bereits die Flucht aus der Verantwortung mit der Zurücklegung seines von den Wählern zugewiesenen Mandates angetreten. Meine sehr verehrten Damen und Herren, im Wahlkampf für die Landtagswahl hat noch die Haiderpartei das Wirtschaftsprogramm für Kärnten von Rogner übernommen und ihr eigenes Wirtschaftsprogramm damit auch über Bord geworfen. Das zur Erinnerung, wir wissen, daß in diesem Wirtschaftsprogramm auch drinnengestanden ist, daß 30.000 Arbeitsplätze für Kärnten geschaffen werden sollen. Wir müssen auch diese Versprechungen von den verbliebenen Repräsentanten in der Haiderpartei in Zukunft einfordern und sie daran erinnern, was sie in der Wahlbewegung versprochen haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Haiderpartei versucht, den jetzt auch flüchtige gewordenen Politneuling und Landtagsabgeord-

Kollmann

neten a. D. Rogner als designierten Wirtschaftskandidaten mit seinem Wirtschaftsprogramm aus dem Verkehr zu ziehen und ihn für etwas Höheres für Kärnten zu repräsentieren, nämlich als Kandidat für den Landeshauptmann vorzuschlagen. Es wird für ihn sicherlich sehr schwer sein, die Frage zu beantworten: War das gepriesene Wirtschaftsprogramm von Rogner und der Freiheitlichen Partei für Kärnten auch so ein Flopp, wie das eine Wochenzeitung heute darstellt, daß von den versprochenen Arbeitsplätzen nicht Arbeitsplätze geschaffen wurden, sondern das Vermögen für den Käufer damit angehäuft wurde?

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn heute die unabhängigen Kandidaten wieder ausgezogen sind und speziell ein Kollege aus Wolfsberg, Dr. Traußnig, heute auch die Wahl des Landeshauptmannes und der Regierungsmitglieder mit seinem Mitauszug nicht ermöglichte, muß man sich auch die Frage stellen, ob Dr. Arthur Traußnig noch als Repräsentant des Bezirkes Wolfsberg tragbar sei, der auch öffentlich die Unwahrheit gesagt hat. Wir hatten im Zuge der Landtagswahlbewegung in Wolfsberg eine Podiumsdiskussion mit einer Kärntner Tageszeitung, dabei hat Dr. Traußnig seine Unabhängigkeit erklärt und unterstrichen und gesagt, er könne sich auch vorstellen, jeden Repräsentanten einer demokratischen Partei im Kärntner Landtag zum Landeshauptmann zu wählen. Wenige Wochen später hat er diese Versprechungen wieder vergessen und ist mit der Freiheitlichen Partei aus dem Kärntner Landtag ausgezogen und hat somit die Bestellung des Landeshauptmannes und der neuen Landesregierung nicht ermöglicht. Somit bleibt in der Bevölkerung nicht nur ein schaler Nachgeschmack angesichts dieses krassen Wortbruches, den er begangen hat, sondern auch das Wort "Charaktere", das er in diesem Zusammenhang mit der Politik gerne gebraucht hat, scheint für ihn nicht mehr zu gelten. Gerade für einen Bezirkshauptmann ist es untragbar, wenn dieser der Bevölkerung leere Versprechungen und sogar die Unwahrheit aufischt. Den Schaden durch seinen Wort- und Vertrauensbruch hätte heute Dr. Traußnig mit seinem Verbleib hier im Kärntner Landtag wirklich begrenzen können, wenn er hier auch verblieben wäre und die Möglichkeit der Bestellung des

Landeshauptmannes und der Regierungsmitglieder damit ermöglicht hätte.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben viele anstehende Probleme, nicht nur im Bezirk Wolfsberg, sondern auch in den anderen Bezirken. Die Erhaltung der Arbeitsplätze ist sicherlich ein vordringliches Problem. Wir wissen, daß auch im Bezirk Wolfsberg die Errichtung der Kompostieranlage und die Errichtung der Földy-Klinik, von der sich zumindest die Tourismusbranche im Bezirk Wolfsberg sehr viel erhofft und wodurch dort auch Arbeitsplätze geschaffen werden, vordringlich ist. Aber auch viele, viele Maßnahmen, die in den Gemeinden zu setzen es gilt, brauchen eine funktionsfähige Landesregierung und Ansprechpartner. Deshalb glaube ich, daß gerade dieser Pakt und Vertrag, der mit der Österreichischen Volkspartei und der Sozialdemokratischen Partei abgeschlossen wurde, auch mit der Zuteilung der Referate dem Wählerwillen entspricht und somit auch demokratiepolitisch wirklich so zu vertreten ist.

Heute, meine sehr verehrten Damen und Herren, hätte nämlich Dr. Traußnig die Gelegenheit gehabt, seine öffentlichen Versprechungen und seine Unabhängigkeit mit zu beweisen. Er hat es nicht getan. Er muß sich in Zukunft den Vorwurf der Dankesabstattung an Dr. Haider gefallen lassen. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Abgeordneter **Lutschounig** (ÖVP):

Hohes Haus! Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das ständige Verhindern der freiheitlichen Partei der Wahl unseres Landeshauptmannes Zernatto hat längst den Unterhaltungscharakter verloren und demokratiepolitisch bedenkliche Dimensionen angenommen, die die Kärntner Bevölkerung und darüber hinaus auch jene Österreichs mit Besorgnis, ja sogar mit Bestürzung registriert. Das ist heute schon einige Male hier angekommen, wir alle haben eine Gelöbnisformel abgelegt und in dieser steht auch, daß wir nach bestem Wissen und Gewissen für dieses Land arbeiten und unsere Pflichten erfüllen wollen. Ich appelliere hier von dieser Stelle vor allem an das Gewissen der freiheitlichen Mandatäre, daß sie unserem Land einen Schaden zufügen, indem sie die Wahl unseres Landeshauptmannes Dr.

Lutschounig

Zernatto und in der Folge die Wahl der weiteren Regierungsmitglieder verhindern.

Es geht hier längst nicht mehr um die Person Christof Zernatto, sondern es geht hier um Grundwerte der Demokratie. Es geht darum, jene Grundwerte der Demokratie aus den Angeln zu heben bzw. ihre Belastbarkeit auszureizen. Dafür, meine Damen und Herren, haben nicht nur zwei Drittel der Abgeordneten hier kein Verständnis, sondern vor allem die Bevölkerung hier in Kärnten.

Die vielen Probleme, die auf uns zukommen, und es sind wirklich viele, müssen ja gelöst werden. Wie soll man die Probleme lösen, wenn ein Landtag da ist, der einerseits davon geprägt ist, daß die Abgeordneten einer Partei ständig ausziehen und wir andererseits keine Regierung haben, die in einer entsprechenden Form arbeiten kann? In unserem Kollegium sitzen einige Bürgermeister und heute ist schon die Problematik mit den BZ-Verhandlungen in den Gemeinden angesprochen worden. Es sind einige Probleme, die die Kärntner Bevölkerung mit Sorge erfüllen. Es sind viele wirtschaftspolitische Probleme, die einer Lösung bedürfen. Es sind vor allem auch im Bereich der Land- und Forstwirtschaft, aus dem ich in besonderer Weise komme, große Probleme, die auf uns zukommen. Es sind Fragen auch im Zusammenhang mit einem etwaigen Beitritt zur EU, die hier einfach gelöst werden müssen, speziell für regionalbezogene Projekte, die von der EU besonders gefördert werden, aber als Voraussetzung auch einer entsprechenden Förderung seitens unseres Landes bedürfen. Das sind nur einige wenige Probleme, die ich hier anschneide und die auf eine Erledigung warten.

Meine Damen und Herren, die FPÖ läßt uns nicht arbeiten. Sie kann auf einmal einen Dr. Zernatto nicht nur nicht wählen, sondern verhindert es mit ihrer Abwesenheit, daß fast zwei Dritteln der Abgeordneten dieses Hauses ermöglicht wird, den Landeshauptmann zu wählen. Noch bis vor wenigen Tagen war jener Landeshauptmann Dr. Zernatto sehr wohl auch von ihren Reihen aus wählbar, jetzt auf einmal ist er, wie sie meint, untragbar geworden. Diese fadenscheinigen Argumente, die sie nach wie vor an den Tag legt, glaubt ohnedies niemand mehr. Vor allem wenn es um Wortbrüchigkeit

geht, da haben Sie sicherlich einen Parteiobmann, der ein Prototyp der Wortbrüchigkeit in Kärnten und in Österreich ist. Das ist scheinbar Ihr Verständnis und Ihr Einsehen, was die Geradlinigkeit in der Politik betrifft. Dafür, meine Damen und Herren, werden wir sicherlich zur Verfügung stehen, dafür wird die Bevölkerung unseres Landes sicherlich kein Verständnis haben.

Meine Damen und Herren, Dr. Zernatto hat in den letzten drei Jahren bewiesen, daß er es als Landeshauptmann sehr wohl schafft, mit allen politischen Kräften in diesem Land zu reden und auszukommen. Er hat auch geschaut, daß bei uns in Kärnten in der Politik etwas weitergebracht wurde. Es hat keine Ausgrenzung stattgefunden, auch nicht eine in Richtung FPÖ.

Ich appelliere nochmals an die Vernunft und die Besonnenheit jener Damen und Herren hier im Kärntner Landtag, die gesprächs- und konsensbereit sind, doch ein Einsehen zu haben und uns endlich einmal die Regierung wählen zu lassen, damit wir die anstehenden Probleme lösen können. Eine Dauerblockade ist aufs gröblichste verabscheubar. Ich hoffe, daß sich die Vernunft in dieser Partei durchsetzen wird, damit wir in Zukunft arbeitsfähige Verhältnisse in Kärnten vorfinden werden.

Ein Wort noch zu Ihrem Parteiobmann Dr. Haider, der sogar sagt, noch nie ein Wort gebrochen zu haben. Es würde den Rahmen meiner Rede sprengen, würde ich alle Zitate bringen, in denen ihm Wortbrüchigkeit in seiner Funktion nachgewiesen werden kann. Ich möchte diesen Dr. Haider bitten, endlich einmal in Kärnten politisch Fuß zu fassen und sein politisches Nomadentum zu beenden und nicht von Wien aus die Dinge zu dirigieren und seinen sogenannten unabhängigen Kandidaten, deren Unabhängigkeit ich ohnedies sehr anzweifle, zu empfehlen, diese Dauerblockade durchzuführen. Werden Sie endlich seßhaft, Herr Dr. Haider! Sie können auch in Kärnten hier arbeiten, Sie müssen ja nicht Landeshauptmann sein. Im Rahmen Ihrer Regierungstätigkeit könnten Sie beweisen, daß Ihnen Kärnten sehr am Herzen liegt und daß Sie es ernst meinen. Bleiben Sie hier, werden Sie seßhaft, arbeiten Sie hier und treiben Sie nicht immer jenes Spiel der Opposition, das Ihnen offenbar besser liegt, von

Lutschounig

Wien aus. Kommen Sie her, arbeiten Sie und zeigen Sie, was Sie können und lassen Sie uns, die zwei Dreitmehrheit in diesem Hause eine Regierung mit einem Landeshauptmann Dr. Zernatto wählen, damit endlich in diesem Land gearbeitet werden kann. Danke. *(Beifall von der ÖVP- und von der SPÖ-Fraktion.)*

Abgeordneter **Sablatnig** (ÖVP):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Geschätzte Damen und Herren! Mit Bedauern diskutieren wir heute in Abwesenheit der freiheitlichen und der unabhängigen Abgeordneten in der FPÖ. Ich hoffe, sie hören über Lautsprecheranlage zu, damit sie ihr Gewissen erforschen, denn Politik ohne Gewissen führt unweigerlich in die Katastrophe. Das Parlament im Land Kärnten ist der Ort der Diskussion, des Dialoges und der Auseinandersetzung um politische Themen. Ich glaube, daß diese Gelegenheit die politisch gewählten Mandatäre ernst nehmen sollten und meine, daß dieses Ernstnehmen nicht vor Pressekonferenzen halt machen sollte.

Ich glaube, daß sich die freiheitlichen Kollegen deshalb verabschiedet haben, weil sie gar nicht in der Lage sind, hier mit uns dieses Thema zu diskutieren. Es ist leichter, in einer Pressekonferenz unseren Landeshauptmann Dr. Christof Zernatto oder wen immer anzuschütten und sich nachher nicht der Diskussion zu stellen. Deshalb glaube ich, daß wir als unbeugsame und überzeugte Demokraten empört darüber sind, wie sich 13 vom Volk gewählte Abgeordnete im Kärntner Landtag verhalten. Sie rütteln an den Grundfesten unserer Demokratie und die zerstörerische Kraft, die sie heute entwickeln, könnte böse Folgen haben.

Daher ist es an der Zeit, daß sich der Wähler darüber Gedanken macht, wie sich diese politische Partei, die Freiheitliche Partei Kärntens, verhält. Gerade eine Partei, die im Wahlkampf auf Freiheit fliegt, ist unfähig, selbst ihren Abgeordneten jenes Maß an Freiheit einzuräumen, für unsere Heimat zu arbeiten. Jener Politiker, der in Inseraten den Kärntnerinnen und Kärntnern mitteilt, nie das Wort gebrochen zu haben, könnte das Inserat mit einem Satz ergänzen, es nicht eingehalten zu haben. Er meint, daß er sich in die Verhandlungen in Kärnten nicht mehr

einmengen werde. Wessen Handschrift das Verhalten der FPÖ in Kärnten derzeit hat, wissen mittlerweile alle Kärntnerinnen und Kärntner mit dem Ergebnis des Verfassungsbruches und des Gelöbnisbruches. Wie oft hat Dr. Haider erklärt, er kandidiere für Wien, nachher hat er erklärt, er kandidiere für Kärnten. Immer, wenn ihm der Tanzboden zu heiß wurde, war er wieder eine Wolke. Überall dort, wo Verantwortung zu übernehmen war, war er jedenfalls nicht. Diese Art von politischer Blockade hat in der Geschichte ein katastrophales Vorbild, es nachzuahmen bleibt nur einer Partei vorbehalten.

Demokratie lebt von der Meinung und vom Respekt anderer Personen und anderer politischer Gruppen. Diesen Respekt vor unserem Landeshauptmann Dr. Christof Zernatto hat die FPÖ jedenfalls bis heute vermissen lassen. Wenn die Persönlichkeit Christof Zernatto für den Landeshauptmann nicht geeignet wäre, warum hat er es den letzten drei Jahren verstanden, das Land Kärnten aus der öffentlichen Diskussion in eine friedliche politische Entwicklung, in eine Leistungsentwicklung herauszuführen, die wir im Rahmen eines Leistungskataloges zusammengefaßt haben. Was in diesen drei Jahren für Kärnten möglich war, haben die politisch überzeugten Demokraten zustande gebracht. Was heute beabsichtigt ist, ist, das zu zerstören.

Es wird der Freiheitlichen Partei nicht gelingen, das Image des Dr. Christof Zernatto in der Bevölkerung zu zerstören. Dies deshalb nicht, weil die Bevölkerung sich in den letzten drei Jahren ein Bild von dieser Persönlichkeit machen konnte. Es ist ja Christof Zernatto innerhalb von 14 Tagen kein anderer geworden. Die Menschen wissen, mit wem sie es zu tun haben. Dies zum Unterschied von der Freiheitlichen Partei, denn wenn man mit einem Mandatar spricht, weiß man nicht, ob er am nächsten Tag nicht ein Telefax mit dem Auftrag bekommt, zurückzutreten.

Die Vorgangsweise der FPÖ ist aus meiner Sicht demokratiepolitisch menschenverachtend. Demokratie lebt vom Wettbewerb der Ideen und auch von der Kritik an den Handlungen anderer Personen an den Zielen anderer Parteien, das ist unbestritten. Demokratie lebt aber nicht mehr

Sablatnig

lange, wenn solche Blockaden zum Ausdrucksmittel werden sollten. Im Nebel, den die Mitarbeiter um ihren Führer verbreiten, fehlt oft die klare Sicht auf die Gegenwart. Nicht wir grenzen Dr. Haider aus, sondern Dr. Haider grenzt sich durch sein Verhalten permanent selbst aus. Mit diesem Verhalten wird der Bevölkerung Kärntens und Österreichs klargemacht, daß der Radikalstil ein Schirinowski mit österreichischem Zuschnitt für unsere Demokratie unerträglich wird. Unser Land hat keine demokratischen Schürfrechte zu vergeben. Je mehr Macht sich eine Person aneignet, desto ohnmächtiger wird die Bevölkerung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Blauäugigkeit eines Unternehmers Rogner ist sehr schnell der Realität gewichen. Sehr schnell sind ihm die blauen Schuppen von den Augen gefallen, wie nach einer Staroperation hat er sich den klaren Blick offensichtlich wieder herstellen lassen. Er ist draufgekommen, daß nicht wir dem Herrn Rogner als künftiger Wirtschaftsreferent im Wege stehen, sondern er sich selbst. Noch gestern hat er erklärt, daß es ihm nicht möglich sei, sein Wirtschaftskonzept für Kärnten zu realisieren, dem unabhängigen Rogner stand die ihn kandidierende FPÖ im Wege.

Die Kärntner Bevölkerung erwartet sich Lösungen. Die anstehenden Probleme, die anstehenden Aufgaben sollten nicht hinausgeschoben werden! Die Kärntner Gemeinden rechnen mit einem Beitrag des Landes; die sozial Schwachen mit einer arbeitsfähigen Regierung.

Sehr geschätzte Damen und Herren! Unsere Väter und unsere Mütter haben aus dem Schutt und aus dem Schmerz des Krieges unser Land zu einer blühenden Region aufgebaut: Ein Land der Kultur, ein Land der Bildung, ein Land der Wirtschaft, ein Land der Freiheit und des sozialen Ausgleiches. Diese Werte gehören nicht dieser Generation allein; diese müssen heute und in aller Zukunft Bestand haben. *(Beifall von der ÖVP- und von der SPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Damit sind wir am Ende der Debatte zum Tages-

ordnungspunkt 1. Durch den Auszug der Abgeordneten des FPÖ-Klubs ist das erforderliche Zweidrittelquorum für die Wahl des Landeshauptmannes nicht erfüllt. Sie kann daher nicht durchgeführt werden. Auch die Wahl der Regierungsmitglieder kann nicht durchgeführt werden, da man nicht weiß, welcher Partei der Landeshauptmann laut Geschäftsordnung dann zuzuzählen ist.

(Abg. Dr. Ambrozy: Zur Geschäftsordnung!)

Zur Geschäftsordnung, Herr Klubobmann Dr. Ambrozy, bitte!

Abgeordneter **Dr. Ambrozy** (SPÖ):

Herr Präsident! Ich beantrage, daß der von den SPÖ-Abgeordneten eingebrachte Dringlichkeitsantrag betreffend die Altlastensanierung am Werksgelände der BBU vor Beendigung der Tagesordnung behandelt wird. Gemäß § 18 Abs. 3 bitte ich Sie, darüber abstimmen zu lassen.

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Bevor wir zur Abstimmung kommen, geschätzte Damen und Herren, darf ich einige Informationen zur Landtagsarbeit in der derzeitigen Situation geben: Die Tatsache, daß noch kein neuer Landeshauptmann und keine neue Landesregierung gewählt werden konnten, hemmt die reguläre Landtagsarbeit nicht. Das einzige, das nicht zum Tragen kommt, das sind die Mitteilungen des Einlaufes. Nach unserer Geschäftsordnung erfolgen diese nach der Erschöpfung der Tagesordnung, was derzeit nicht stattfinden kann, nachdem wir die Wahlen nicht durchführen können. Der Versuch, einen neuen Landeshauptmann zu wählen, muß nach der Verfassung und der Geschäftsordnung zwingend an der Spitze der Tagesordnung jeder neuen Landtagssitzung stehen. Kommt es zu keiner Wahl, ist die Tagesordnung nicht erschöpft; daher finden keine Mitteilungen des Einlaufes statt. Anträge von Abgeordneten müßten daher in den Ausschüssen selbst als Initiativanträge gestellt werden oder allenfalls als Dringlichkeitsanträge, die vor der Erschöpfung

Unterrieder

der Tagesordnung, so wie jetzt, durch einen einfachen Beschluß des Landtages zumindest hinsichtlich der Dringlichkeit behandelt werden können. Wird die Dringlichkeit zuerkannt, werden sie ohnedies sofort erledigt. Wird die Dringlichkeit nicht zuerkannt, so werden sie dem zuständigen Ausschuß zugewiesen. Alle anderen Verhandlungsgegenstände, vor allem die Regierungsvorlagen, werden außerhalb von Sitzungen des Landtages regulär zugewiesen.

Wir kommen aufgrund des Antrages des Klubobmannes Dr. Peter Ambrozy zur Abstimmung über die Behandlung dieses Antrages. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen! - Danke, das ist einstimmig so beschlossen. Ich darf den Schriftführer um die Verlesung des Dringlichkeitsantrages bitten.

Dringlichkeitsanträge:

Schriftführer Direktor **Dr. Putz:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Der Dringlichkeitsantrag der SPÖ lautet:

Ldtgs. Zl. 33-1/27:
Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Dr. Ambrozy, Schiller, Koncilia und Ferlitsch mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, an den Bund heranzutreten, damit die von der Altlastensanierungskommission des Bundes zuerkannten Geldmittel in der Höhe von 316 Millionen Schilling für die Altlastensanierung am Werksgelände der BBU in Arnoldstein nicht in 5-Jahres-Raten zur Anweisung nach Kärnten gelangen, sondern im Zeitraum der nächsten 3 Jahre angewiesen werden.

Der Dringlichkeitsantrag weist die erforderliche Anzahl an Unterschriften auf.

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Zur Begründung der Dringlichkeit hat sich Herr Abgeordneter Schiller gemeldet. Ich bitte ihn, zu sprechen!

Abgeordneter **Schiller** (SPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Dringlichkeitsantrag beschäftigt sich mit der von der Altlastensanierungskommission des Bundes zuerkannten Summe von 316 Millionen Schilling, die das Land Kärnten aufgrund der in den letzten drei Jahren sehr intensiv getätigten Vorstöße auf der Bundesebene erreicht hat. *(Die Abgeordneten des FPÖ-Klubs kehren in den Sitzungssaal zurück.)*

Wir haben 1989 begonnen, diesen Industriestandort sehr exakt zu untersuchen. Nachdem jetzt die FPÖ wieder im Hohen Haus weilt, möchte ich schon darauf hinweisen, daß damals gerade die Freiheitliche Partei die ganze Angelegenheit mit der Überschrift "Skandal" versehen hat und die SPÖ die einzige Partei es war, die in diesen fünf Jahren immer das Ziel vor Augen gehabt hat, diesen Industriestandort einer lückenlosen Untersuchung, aber gleichzeitig damit verbunden auch einer Sanierung zuzuführen. Ich halte diesen Sanierungsschritt, der uns jetzt gelungen ist, an diesem Industriestandort für den größten umweltpolitischen Erfolg nach der Seensanierung. Es gibt nämlich keinen einzigen Industriestandort in Österreich und meines Wissens auch nicht in Mitteleuropa, wo mit einem derartigen Kapitaleinsatz versucht wird, wieder Zukunft stattfinden zu lassen und einer Region Wertschöpfung auch in den nächsten Jahren und Jahrzehnten zukommen zu lassen.

Es waren wirklich - und das ist in allen Protokollen nachzulesen - vor allem die sozialdemokratischen Abgeordneten und Regierungsmitglieder, die am Anfang diesen Karren gezogen haben. Es ist dann, nach und nach, der eine oder der andere von den anderen Parteien dazugekommen. Und wir stehen heute eben vor der Möglichkeit, diese 316 Millionen Schilling zu bekommen. Ich würde bitten, daß wir die ins Auge gefaßten fünf

Schiller

Jahresraten, aufgrund der Dringlichkeit der Sanierung, auf drei Jahre reduzieren, um möglichst rasch das umsetzen zu können, was in den einzelnen Studien festgehalten wurde. Wir haben erst vor kurzem durch eine Untersuchung des Umweltbundesamtes die Prioritätenklassifizierung I bekommen. "I" bedeutet "dringender Handlungsbedarf".

Deswegen dieser Dringlichkeitsantrag. Ich darf mich dafür bedanken, daß die Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei der Behandlung dieses Dringlichkeitsantrages zugestimmt haben.

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Als nächste ist zur Begründung der Dringlichkeit Frau Abgeordnete Herbrich zu Wort gemeldet. Ich bitte Sie, zu sprechen!

Abgeordnete **Mag. Herbrich** (ÖVP):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Werte Damen und Herren! Werte Presse! Als Umweltsprecher der Kärntner ÖVP ist es mein Anliegen und es ist mir ein Anliegen, diese Dringlichkeit selbstverständlich zu unterstreichen. Um dieser Region ein Überleben zu ermöglichen, ist es dringend notwendig, diese Altlasten zu sanieren. Um diese Sanierung durchführen zu können, ist es natürlich auch notwendig, daß dem Land Kärnten so schnell wie möglich die finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Die ÖVP als Fraktion unterstützt den Antrag der SPÖ zur schnellen Zurverfügungstellung der finanziellen Mittel, um die Sanierung dieser Altlast auf dem BBU-Gelände in Arnoldstein zu ermöglichen. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Zur Begründung der Dringlichkeit hat sich Herr Abgeordneter Freunschlag gemeldet.

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Die Freiheitliche Fraktion wird diesem Dringlichkeitsantrag die Zustimmung geben, denn es ist höchste Zeit, daß nach jahrelangen Vorbereitungen und Bemühungen des Landes nun auch die Maßnahmen gesetzt werden, die zu einer Sanierung dieses Industriestandortes in Arnoldstein führen.

Ich möchte anschließen und eigentlich die Wortmeldung des Kollegen Schiller doch ein bißchen ins rechte Licht rücken, wenn er sagt, die Sozialisten waren die einzigen, die sich maßgeblich für die Sanierung dieses Standortes eingesetzt haben. Ich glaube, wir sollten die gute Kooperation zwischen den Referenten Schiller und Freunschlag hier nicht in den Schatten stellen und darauf hinweisen, daß ich als Wasserrechtsreferent schon ein halbes Jahr vor dem Umweltbundesamt-Gutachten die BBU beauftragt habe, ein Sanierungskonzept für diesen Standort vorzulegen. Dieses Sanierungskonzept wurde termingemäß Ende 1992 vorgelegt, und im letzten Jahren sind die ersten Maßnahmen erfolgt.

Ich darf auch berichten, daß der Wasserrechtsbescheid und der Gesamtbescheid für die Sanierung dieses Standortes kurz vor der Erlassung stehen. Das heißt, alle Problemstellungen hinsichtlich der Revitalisierung der Infrastrukturmaßnahmen, des Wirbelschichtofens, der PC-Anlagen, aber auch der Betriebsdeponie werden in den nächsten Tagen fertiggestellt, so daß auch dann der Betreiber am Standort entsprechende Maßnahmen setzen kann.

Für mich ist unverständlich, daß man einerseits vom Umweltbundesamt Kärnten verunglimpft, indem Feststellungen getroffen werden, die dem Land großen Schaden zugefügt haben, indem man hier Behauptungen betreffend Umweltschäden aufgestellt hat, die letztlich nicht in dieser Form aufrecht zu erhalten waren; daß man dann diese Sanierung in die Prioritätenklasse I gestuft hat, d. h. höchste Priorität und Dringlichkeit, und nun bei der Realisierung Mittel nur schleppend zur Verfügung stellen möchte.

Ich möchte dem Hohen Haus mitteilen, daß die fünf Jahre, die in Aussicht gestellt wurden, schon nicht mehr halten, Herr Kollege Schiller,

Dipl.-Ing. Freunschlag

sondern der Betreiber oder Antragsteller mitgeteilt bekommen hat, die Mittel in einer längerjährigen Rate erst zur Verfügung gestellt zu bekommen. (*Abg. Dr. Ambrozy: Habt ihr das jetzt auch verhindert? Sehr gut!*) Das hieße also nicht fünf Jahre, sondern noch länger auf die endgültige Sanierung zu warten. Hier meine ich, sollten wir unter dieses Treiben auf Bundesebene einen Schlußstrich setzen und Regierungsbeschlüsse durch einen Beschluß des Landtages entsprechend unterstützen, so daß wir rascher nun mit der Sanierung dieses Standortes und der Behandlung der kontaminierten Böden vorankommen.

Ich darf namens der FPÖ-Fraktion die Unterstützung des Antrages hiermit feststellen.

(*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Es liegt keine Wortmeldung mehr vor. Ich darf über die Dringlichkeit abstimmen lassen. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke, einstimmig! Es liegt zur Debatte kein Antrag vor. Infolgedessen darf ich auch über den Antrag abstimmen lassen. Wer dem vorliegenden Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke, auch der Antrag ist einstimmig genehmigt. Es ist doch möglich, im Hohen Haus, manchmal etwas gemeinsam zustande zu bringen.

Es liegt ein Dringlichkeitsantrag der Freiheitlichen Partei vor. Hierbei gilt das gleiche, daß man aufgrund der Geschäftsordnung die einfache Mehrheit zur Behandlung benötigt. Gibt es zur Geschäftsordnung eine Wortmeldung - sonst kann ich den Antrag nicht behandeln? (*Abg. Dr. Strutz: Zur Geschäftsordnung!*) Bitte, zur Geschäftsordnung, Herr Klubobmann Dr. Strutz!

Abgeordneter **Dr. Strutz** (FPÖ):

Herr Präsident, ich ersuche Sie, nach § 18 Geschäftsordnung über die Behandlung des Dringlichkeitsantrages der Freiheitlichen Partei abstimmen zu lassen.

(*Abg. Dr. Ambrozy meldet sich zur Geschäftsordnung zu Wort.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Zur Geschäftsordnung, Herr Klubobmann Dr. Peter Ambrozy!

Abgeordneter **Dr. Ambrozy** (SPÖ):

Herr Präsident! Die SPÖ-Fraktion wird diesem Antrag nicht zustimmen. Wenn die FPÖ haben will, daß hier im Hohen Haus ihre Anträge behandelt sind, dann soll sie arbeiten und herinnen bleiben, wenn es darum geht, die Tagesordnung zu erschöpfen. (*Beifall von der SPÖ- und von der ÖVP-Fraktion*)

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Es liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor. Ich darf über den Antrag der FPÖ abstimmen lassen. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. - Das ist nicht die erforderliche einfache Mehrheit. Damit bleibt der Antrag im Hause liegen. - Nun darf ich den Schriftführer bitten, die Klubanzeigen zu verlesen. Bitte!

Klubanzeigen:

**Ldtgs.Zl. 12-2/27:
Klubanzeige der FPÖ**

Schriftführer Direktor **Dr. Putz**:

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Die Änderung der Klubanzeige des FPÖ-Klubs lautet:

Aufgrund des Ausscheidens von Komm.-Rat Rogner als Mitglied des Kärntner Landtages setzt sich der Klub der Freiheitlichen Abgeordneten zum Landtag wie folgt zusammen:

Dr. Putz

Klubobmann Dr. Strutz; Klubobmann-Stellvertreter Fritz Schretter; weitere Mitglieder: Abgeordneter Peter Mitterer, Abgeordneter Franz Schwager, Abgeordneter Ing. Karl Pfeifenberger, Abgeordnete Dietlinde Kreuzer, Abgeordneter Jakob Pistotnig, Abgeordnete Sigrid Steinkellner, Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Arthur Traußnig, Abgeordneter Dipl.-Ing. Johann Gallo, Abgeordneter Gerhard Stangl,

Abgeordneter Dipl.-Ing. Freunschlag und Abgeordneter Ing. Mathias Reichhold.

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Wir sind am Ende der heutigen Sitzung. Die Sitzung ist geschlossen.

Ende der Sitzung: 12.54 Uhr